:antifaschistische nachrichten

Nr. 4

g 3336 22.2.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Hamburg. Breite Proteste, vor allem unter Schülerinnen und Schülern rufen die geplanten Abschiebungen afghanischer Familien hervor. Siehe auch Seite 12

Niedersachsens NPD plant Landesparteitag in Oldenburg

OLDENBURG. Die Niedersächsische NPD plant, am 11. März 07 ihren Landesparteitag im stadteigenen PFL abzuhalten. Nach Darstellung der Presse hatte sich die NPD zunächst anonym für eine Anmietung des großen Sitzungssaals, in dem zuweilen auch der Stadtrat tagt, interessiert. Nach der Bestätigung durch die Verwaltung, dass der Termin frei sei, legte NPD-Landesvorsitzender Ulrich Eigenfeld offiziell seine Anmeldung vor.

Obwohl Oberbürgermeister Schwandner (parteilos, aber auf CDU-Ticket im Amt) seit dem 4. Januar von der Anmeldung weiß, hielt er es auch am 16. Januar bei einem Treffen mit den Fraktionschefs der im Rat vertretenen Parteien nicht für nötig, diese zu informieren. „Der Rat der Stadt hat 2005 in einer Resolution einstimmig beschlossen, den Rechten keinen Quadratmeter zur Verfügung zu stellen. Die Informationspolitik vom OB ist eine Riesensauerei“, wurde der SPD-Fraktionsvorsitzende Rainer Zietlow in der Presse zitiert.Nun sucht die Verwaltung nach Mitteln und Wegen, der NPD die Räume zu verweigern. Dass sie damit vermutlich vor dem Verwaltungsgericht nicht bestehen wird, ist zu erwarten. Vor dem PFL steht das Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus. Neben dem historischen Gebäude stand bis 1938 die Synagoge, die bei dem Novemberpogrom zerstört wurde. Die Polizei bereitet sich nach eigenen Angaben auf einen Großeinsatz vor. *d.h.* ■

Inhalt:

Hamburg-Bergedorf: Versammlungsrecht mühsam erstritten . . . 6

„Menschenrechte an der Südgrenze 2006“ 11

Nazi-Aufmarsch in Halbe am 3. März

Die verschiedenen Initiativen gegen das „Heldengedenken“ von Neonazis im brandenburgischen Halbe haben offenbar einen Etappensieg errungen: Die Organisatoren des alljährlichen Nazi-Aufmarsches zum „Volkstrauertag“ geben auf ihrer Internetseite bekannt, dass sie im November keine größere Veranstaltung mehr durchführen wollen. Stattdessen wollen sich die Rechtsradikalen auf einen neuen Termin Anfang März konzentrieren.

In diesem Jahr ist für den 3.März in Halbe ein Nazi-Aufmarsch angemeldet. Bereits im Nationalsozialismus fand jeweils Anfang März ein „Heldengedenken“ statt. Darauf nehmen die neuen Nazis Bezug. Antifaschistische und demokratische Initiativen aus Berlin und Brandenburg rufen deshalb zum Widerstand auf.

Das Ausweichen der Neonazis auf einen anderen Termin wertet Jan Soost, Sprecher des Bündnisses „NS-Verherrlichung stoppen!“ auch als Erfolg der langjährigen Arbeit von AntifaschistInnen. „Nun müssen wir den Wehrmachtsverehrern und SS-Fans zeigen, dass auch an anderen Tagen ihre Propaganda nicht hingenommen wird. Deshalb fahren wir am 3. März nach Halbe, wenn das jetzt bekannt gewordene Verbot des Aufmarsches nicht von Bestand ist.“ Das Berlin-Brandenburger Bündnis „NS-Verherrlichung stoppen!“, in dem antifaschistische Initiativen vor allem zum Thema Halbe arbeiten, veranstaltet am 3. März 2007 eine Kundgebung in Halbe. Dort werden – wie im November 2006 in Seelow – Bands auftreten und Zeitzeugen über ihre Erfahrungen mit der Wehrmachtsjustiz berichten. Weitere Informationen auf der Internetseite www.redhalbe.de.vu oder unter www.ns-verherrlichung-stoppen.tk für die bundesweite Kampagne.

Berlin-Brandenburger Bündnis NS-Verherrlichung-Stoppen! ■

Zur Entstehung von Feindbildern und ihre gesellschaftliche Funktion – Feindbild Islam

Dr. Erol Yildiz, Universität Köln

Vom Rand zur Mitte?

Aktuelle Entwicklungstendenzen in der extremen Rechten

Carsten Hübner, Journalist

Samstag, 24. Februar 2007

14.00 Uhr

Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache
Melchiorstr. 3, Kleines Forum

Veranstalter: Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten

ACP-Tagung in Krelingen

KRELINGEN. Der „Arbeitskreis Christlicher Publizisten“ (ACP) führt am 21. und 22. April im „Geistlichen Rüstzentrum Krelingen“ seine nächste Bundestagung durch. Als Teilnehmer der Tagung zum Thema „Was sind uns unsere Werte wert – Christen wider den Zeitgeist“ werden u.a. der ehemalige Ministerpräsident von Niedersachen, Ernst Albrecht (CDU), die ehemalige Tagesschausprecherin Eva Herman, das ACP-Vorstandsmitglied Prof. Dr. Konrad Löw, der Bundesvorsitzende der „Partei Bibeltreuer Christen“ (PBC), Dr. Walter Waiblen, und der Innenminister von Brandenburg, Jörg Schönbohm (CDU), erwartet. Mit Schönbohm sei auf dem letzten CDU-Parteitag „einer der letzten Konservativen“, so das Informationsblatt des ACP, „abgestraft“ worden. Nur 43% der Delegierten gaben dem ehemaligen Generalleutnant der Bundeswehr ihre Stimme. Auszugsweise abgedruckt wird in dem Blatt das Interview der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ mit dem Gründer der Partei „Heimat Hamburg“, Roger Kusch. Der sehe mit Sorge „einen zunehmenden Linkstrend der CDU“ und wolle mit seiner neuen Partei „ein Gegengewicht“ setzen. Neben einer ganzseitigen Werbung für die „Junge Freiheit“ findet sich in dem ACP-Blatt auch eine Anzeige der „Partei Bibeltreuer Christen“ (PBC). Die hofft, vom Abwärtstrend der CDU profitieren zu können und längerfristig mit Unterstützung anderer christlicher Vereinigungen in den Bundestag gewählt zu werden.

hma ■

Ex-Chefredakteur verstorben

BURG/FEHMARN. In „Trauer und Dankbarkeit“ nimmt der Bundesvorstand der „Landsmannschaft Ostpreußen“ im „Ostpreußenblatt“ Abschied von Henning Wolff. Der langjährige Chefredakteur und Herausgeber des „Fehmarnschen Tageblattes“ verstarb im Dezember 2006. Der ehemalige Schüler einer NS-Eliteschule wurde 1990 zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der „Deutschen Volksunion“ (DVU) gewählt. Beiträge von Wolff erschienen auch im „Ostpreußenblatt“ und in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“. Unter Wolffs Herausgeberschaft erschienen im „Fehmarnschen Tageblatt“ öfter Empfehlungen für Bücher aus extrem rechten Verlagen. Bis zu 7,1 % erzielte die DVU zeitweise auf Fehmarn. Die „Landsmannschaft Ostpreußen“ verlieh dem 1929 in Brandenburg geborenen Wolff 1994 ihr „Goldenes Ehrenzeichen“, die Bundesrepublik Deutschland das „Verdienstkreuz am Bande“.

hma ■

Zusammenarbeit vereinbart

HAMBURG. Joachim Siegerist von den „Die Deutschen Konservativen“ und der ehemalige FPÖ-Chef Jörg Haider wollen künftig enger zusammenarbeiten. Bei einem Treffen im österreichischen Klagenfurt sei u.a. eine gemeinsame Wahlkampfveranstaltung in Bremen beschlossen worden, berichtet die „Junge Freiheit“ 7-2007 vom 16.2. Angedacht werde auch eine länderübergreifende Liste mit Haiders BZÖ bei der kommenden Europawahl. Siegerist will mit der Partei „Bremen muß leben“ am 13. Mai zur Bürgerschaftswahl antreten.

Dass Siegerist mit dem ehemaligen CDU-Justizsenator Kusch, unlängst Interviewpartner der „Jungen Freiheit“, ebenfalls eine wechselseitige Zusammenarbeit in Wahlkämpfen vereinbart habe, wurde inzwischen von Kusch dementiert. Er wolle sich ausschließlich um Hamburger Belange kümmern, heißt es dazu jetzt in der JF 8-2007.

hma ■

Neonazistische Instrumentalisierung von Kriegstoten

MÜNCHEN. Während in Dresden anlässlich des Jahrestages der Alliierten Luftangriffe ein neonazistisches „Aktionsbündnis Gegen das Vergessen“ zusammen mit der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußens/JLO“ erneut zu einer Demonstration mobilisierte, hielten Münchner Neonazis auf dem Marienplatz am 13. Februar 2007 von 18 bis 20 Uhr eine Mahnwache unter dem Motto „Gedenken an den Bombenholocaust von Dresden“ ab. Keine zwei Wochen später soll es dann in Augsburg am 24. Februar 2007 zu einer neonazistischen Demonstration von Kameradschaften, NPD, DVU und Deutscher Partei/DP „gegen den alliierten Bombenterror“ kommen.

Im Januar 2005 verwendete ein NPD-Landtagsabgeordneter im sächsischen Landtag zum erstenmal den Begriff des „Bombenholocaust“ als bewusste Provokation des Parlaments und zur Mobilisierung der Neonazis, die dann im Februar zu mehreren Tausend durch Dresden zogen. Dieses perfide Wortspiel ist nicht strafbar, seine inhaltliche Intention, die Gleichsetzung der Opfer der NS-Vernichtungspolitik mit den Opfern der Bombardierungen, muss daher aber mit umso größerer Entschiedenheit politisch bekämpft werden. Die politische Instrumentalisierung der Bombenopfer, die „Heldenehrung“ der Wehrmachtssoldaten und Angehörigen der Waffen-SS, die Leugnung der Verbrechen der Gebirgsjäger und die Glorifizierung des Hitler-Stellvertreters Heß als Märtyrer, sind auch Orte und Anlässe in einer Auseinandersetzung um Form und Inhalt einer gesellschaftlichen Erinnerungskultur. Der neonazistischen Propaganda geht es um Relativierung und Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen.

In München ist es höchste Zeit, dass die Zivilgesellschaft mit deutlichen Worten auf diese Provokationen reagiert, sei es die Dresden-Mahnwache am 13. Februar, die Neonazi-Kundgebung am 8. Mai oder die Heß-Mahnwache am 18. August. Wir zitieren aus einem Flugblatt zu Dresden von der bundesweiten Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen!“:

„Während die Toten von Warschau, Leningrad und Coventry Opfer des national-sozialistischen Angriffs- und Vernichtungskrieges waren, waren die Toten in Dresden Opfer im Krieg zur Zerschlagung der nationalsozialistischen Herrschaft. Ohne eine persönliche Trauer mindern zu wollen, stellen wir fest, dass eine solche Gleichstellung noch immer einem kollektiven Opfermythos dient. Wer diesen Unterschied nicht erkennt und deutlich macht, hat der Propaganda der JLO, der NPD und Kameradschaften nichts entgegenzusetzen!“

Marcus Buschmüller
Antifaschistische Informations-Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (A.I.D.A.) ■

Am 3. März auf die Straße gegen Pro Köln!

KÖLN. Als wären „Pro Köln“, seit kurzem „Pro Gelsenkirchen“ und „Pro Deutschland“ nicht schon schlimm genug, verkünden die Rechtsextremen auf ihrer Homepage stolz die Gründung der „Bürgerbewegung pro NRW“ am 5. Februar in Leverkusen. Mit Markus Beisicht handelt es sich bei ihrem Gründungsvorsitzenden um einen wohlbekannten Kölner. Viel mehr erfährt man jedoch nicht darüber, aus welchen Städten die „zahlreichen kommunalen Mandatsträger aus ganz NRW“ nun kamen und wie viel man unter „zahlreich“ zu verstehen hat. Ziel ist die Koordinierung des Kommunalwahlkampfes 2009 in mehreren Städten des Landes. Hier gilt es, in der nächsten Zeit ein wachsames Auge auf die kommenden Entwicklungen zu haben.

In Köln beschränken sich die Herren derzeit mal wieder auf die „Bewahrung der deutschen Leitkultur“ und tun das, was sie am besten können, sie betreiben rassistische Hetze gegen MigrantInnen und Andersdenkende. So scheinen sie in Mülheim, wo ein moslemisches Gemeindezentrum gebaut werden soll, wieder

einmal eine Anlaufstelle für ihre rechtsextreme und nationalistische Phrasendrescherei gefunden zu haben.

Zugegebenermaßen ist das für Rouhs und Co praktisch, denn so kann man ja einfach dieselben ausländerfeindlichen Pseudo-Argumente vorschieben wie in Ehrenfeld.

Ein Dorn im Auge ist ihnen auch die geplante Demonstration der BezirksschülerInnenvertretung (BSV) Köln gegen Rechtsextremismus in Köln. Diese soll am 3. März unter dem Motto „Pro Köln die Stirn zeigen – für eine Stadt ohne Rassismus und Faschismus“ stattfinden. Ziel ist es, möglichst viele Menschen, vor allem Schüler, zu mobilisieren und zu zeigen, dass für ihre braunen Parolen weder in Köln noch sonst irgendwo Platz ist. Pro Köln gibt sich wie immer siegessicher und tut diese Demonstration

als einen „Aufstand der Anständigen im Mini-Format“ ab, beleidigt die Schüler sogar als „nützliche Idioten“.

Hinter all dem vermuten die spitzfindigen Damen und Herren Antifa-Kreise. Dass selbige zu den sog. Anständigen zu zählen sind, ist übrigens eine sehr interessante Erkenntnis.

Größenwahnsinnig wie eh und je wird auf den Jugendverband der „Bürgerbewegung“ verwiesen, der den Protest überdauern werde, wie ihr Jugendbeauftragter Emmerich verkündet. Ob er da mal den Mund nicht zu voll nimmt….

Daher ist es besonders wichtig, dass am 3. März möglichst viele Menschen auf die Straße zu gehen, um den Hetzern einen Strich durch die Rechnung zu machen. Ob in Köln oder anderswo, dem rechten Gedankengut gilt es entschieden entgegenzutreten. *Benjamin Wernigk* ■

Zündels Verteidiger zitierte aus „Mein Kampf“

MANNHEIM. Der Holocaust-Leugner Ernst Zündel ist vom Landgericht Mannheim zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Das Gericht sprach damit die Höchststrafe für Volksverhetzung gegen ihn aus.

Hinter der Fassade des „biederen Schwaben“ sei der 67-Jährige „ein gefährlicher politischer Agitator, ein Hetzer und Brandredner“, sagte der Vorsitzende Richter Meinerzhagen. „Man meint, einen geistigen Verwandten des Autors von ‚Mein Kampf‘ vor sich zu haben.“ Zündel sei ein „extremer Antisemit“ und „überzeugter Nationalsozialist“.

Zündels Hauptverteidiger Jürgen Rieger hatte nach seinem sechsstündigen Plädoyer Freispruch für seinen Mandanten gefordert. Er berief sich wiederholt auf die „Meinungsfreiheit“. Der Vorsitzende Richter warf Rieger vor, sich durch volksverhetzende Äußerungen in Form der Auschwitz-Lüge selbst strafbar gemacht zu haben. Ein weiterer Verteidiger, Ludwig Bock, hatte zuvor in seinem Plädoyer aus „Mein Kampf“ und den Rassegesetzen der Nazis zitiert. Bock warf dem Landgericht vor, sich nicht einer wissenschaftlichen Analyse des Holocausts stellen zu wollen.

Zündel ließ sich vor Gericht von fünf Verteidigern vertreten, darunter auch dem Wiener Anwalt Herbert Schaller, der auch schon den Holocaust-Leugner David Irving vertreten hatte. Schaller hatte in seinem Plädoyer versucht zu argumentieren, dass der Holocaust nie strafrechtlich zufriedenstellend belegt worden sei.

Zündels Anwälte hatten die Verhandlungen monatelang durch zahlreiche Anträge verzögert. Das Gericht hatte ihnen daraufhin Verfahrensverschleppung vorgeworfen. Staatsanwalt Grossmann sprach von einem „bizarren Prozess“, den die Verteidigung mit Störversuchen und erlaubten sowie unerlaubten Mitteln zu torpedieren versucht habe. Die Staatsanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer Ende Januar fünf Jahre Haft für Zündel gefordert. Sie wirft Zündel vor, von Kanada aus im Internet sowie in diversen Publikationen den Massenmord an Juden systematisch bestritten zu haben. „Vor solchen politischen Rattenfängern wie Ihnen müssen wir Deutschland bewahren“, sagte Staatsanwalt Andreas Grossmann vor Gericht. Zündel vertrete eine „Außenseiter-Meinung der Extreme“, die durch Fakten nicht gestützt werde.

„Der Massenmord an den Juden ist Tatsache, da können Zündel und seine Anhänger noch Jahre dagegen angehen in ihrer Verbohrtheit.“ Grossmann forderte das Gericht auf, den Angeklagten wegen Volksverhetzung in 14 Fällen zu verurteilen.

„Wie ist das Deutschland, das sie wollen? Ein Deutschland der Ausgrenzung, der Intoleranz, der Bücherverbrennung.“ (Staatsanwalt Andreas Grossmann) Zur Beweisführung zitierte der Staatsanwalt ausführlich aus Zündels Publikationen, in denen der Holocaust unter anderem als „zusammengelogenes Kartenhaus“ und als Propaganda bezeichnet wird.

Unter den Schriften sind zwölf so genannte Germania-Rundbriefe sowie Auszüge aus der Internetseite „zundelsite“. Staatsanwalt Grossmann sagte, im Falle der Zundelsite liege auch der Tatbestand der Beleidigung sowie die Verunglimpfung Verstorbener vor.

Zündel war 1958 nach Kanada ausgewandert. Von dort und aus den USA soll er zwischen Oktober 2000 und Februar 2003 über eine Internet-Homepage und andere Publikationen weltweit nationalsozialistische und antisemitische Propaganda betrieben und die Massentötung von Juden in Gaskammern geleugnet haben. Er wurde im Frühjahr 2005 nach Deutschland abgeschoben, nachdem ein kanadisches Gericht seine Internet-Homepage für verfassungswidrig erklärt hatte.

Seit seiner Ausweisung sitzt Zündel in Deutschland in Haft. Zuvor war er bereits zwei Jahre in Kanada inhaftiert. Diese Zeit wird auf die jetzt verhängte Strafe nicht angerechnet.

Quelle: div. Presseberichte
www.swr.de/nachrichten/bw ■

Kein Nazizentrum in Gonzerath – Demo am 3.3.2007

GONZERATH. Seit ca. einem halben Jahr hat die neofaschistische NPD die alte Schule in Gonzerath (Kreis Bernkastel/Wittlich) zum Nazi- Schulungszentrum „Schinderhannes-Zentrum“ umfunktioniert. Bereits im Dezember 2006 fand dort der Landesparteitag der NPD statt.

Für 2007 plant die NPD an jedem 3. Samstag im Monat eine Wochenendschulung durchzuführen. Sie will damit die Partei mit einschlägig rassistischen, völkischen und antisemitischen Inhalten auf den Kommunalwahlkampf 2009 vorbereiten. Am 3. März soll nun das „Schinderhannes-Zentrum“ offiziell eröffnet werden. Dabei plant die Truppe um Sascha Wagner offenbar ein Konzert durchzuführen.

Diese Aktivitäten zeigen deutlich auf, dass es der NPD in den letzten Jahren in der Region gelungen ist, ihre Strukturen zu festigen und zunehmend handlungsfähiger zu werden. Hierbei stellt das NPD-Zentrum in Gonzerath den Kristallisationspunkt der organisierten neonazistischen Szene dar. Hier werden nicht nur Anhänger der extremen Rechten ideologisch geschult, und neonazistische Aktionen verabredet und organisiert, sondern auch rechtsanpolitisierte Jugendliche durch die neonazistische Szene angesprochen und letztlich an diese gebunden. Entschlossener Widerstand gegen das NPD-Zentrum ist daher notwendiger denn je.

Wir fordern daher auf am Samstag den 3. März Gesicht zu zeigen und auf die Straße zu gehen. Demonstration am 3.3.07 um 14.00h in Gonzerath. Die Demonstration ist, geplant aber noch nicht angemeldet. Weitere Infos unter:

http://www.kein-nazizentrum.de.vu/ ■

Die Bewohner einer Stadt wehren sich!

HILDESHEIM. Für den 24. Februar hat Christian Worch, der sich selbst als „freier Nationalist“ bezeichnet – im Grunde aber nur eine Vorfeldfigur der NPD ist – in Zusammenarbeit mit verschiedenen sogenannten Nazitarnorganisationen wie zum Beispiel „Bürgerinitiative für Zivilcourage Hildesheim“ um Dieter Riefling und NPD in Hildesheim eine Demonstration angemeldet. Die Stadt hat die Demonstration der Nazis nicht verboten – aber Auflagen gemacht. So ist die Strecke reduziert worden. Kampfstiefel sind untersagt, etc.

Gegen den Naziumzug hat sich ein Bündnis gegen Rechts gebildet. Die Gegendemonstration hat als Redner u.a. den Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen, Hartmut Meine gewinnen können. Das Bündnis veranstaltet in Zusammenarbeit mit der VVN/BdA am Angoulemeplatz eine Mahnwache gegen Nationalsozialismus. Der beantragte Bahnhofsvorplatz wurde von der Stadt für die Mahnwache nicht genehmigt.

An dieser Mahnwache nimmt die Europaabgeordnete der Linkspartei. PDS, Feleknas Uca sowie die Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIe LINKE. Dorothee Menzner teil. *raj* ■

DGB unterstützt Proteste gegen Nazidemo in Hildesheim – Verbot des Aufmarsches gefordert

Der DGB in der Region Niedersachsen-Mitte unterstützt die Proteste gegen den für den 24.2.07 für Hildesheim angekündigten Naziaufmarsch und kündigt seine Beteiligung an. Dies teilten die DGB-Kreisvorsitzende Regina Stolte aus Hildesheim und der DGB-Regionsvorsitzende Sebastian Wertmüller aus Hannover mit. Die „Demo gegen Repression und Polizeiwillkür“ ist von dem bundesweit aktiven Faschisten Christian Worch und einem sich als „freien Nationalsten“ bezeichnenden Dieter Riefling aus Duingen angekündigt und bei der Polizei angemeldet. Hintergrund für die Kundgebung sind Veranstaltungen (Rechtsrock-Konzerte) der Naziszene im Hildesheimer Raum, die von der Polizei und der Öffentlichkeit erfolgreich verhindert werden konnten. Stolte und Wertmüller: „Wir lehnen die Durchführung von Nazi-Skinkonzerten ebenso konsequent ab, wie den braunen Mob auf den Straßen.“ Deswegen sei die gewerkschaftliche Beteiligung am Protest gegen alte und neue Nazis eine demokratische Selbstverständlichkeit. Stolte und Wertmüller fordern die Stadt und die Polizei auf, alles zu unternehmen, damit es zu einem Verbot des rechtsextremen Aufzugs kommt.

Wertmüller: „Schon seit einiger Zeit bemühen sich Kader der Rechtsextremen im Landkreis Hildesheim und im Weserbergland Fuß zu fassen. Hier muss man klar und entschieden Nein sagen. Es bleibt dabei: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ Der DGB weist in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, dass die Verantwortung für die Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht nur bei der Polizei, sondern bei allen Bürgerinnen und Bürgern liege. Es gelte, den Nazis keinen Raum zu überlassen, nicht auf der Straße und auch nicht in Gaststätten für Konzerte oder Veranstaltungen. Der DGB richtet an die Bürgerinnen und Bürger Hildesheims und darüber hinaus den Appell, sich den Rechtsextremen entgegenzustellen. Mit friedlichem Protest gilt es, sowohl den Rechtsextremen wie auch der breiten Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass Nazis in Hildesheim nicht willkommen sind!“

DGB Region Niedersachsen-Mitte
www.niedersachsen-mitte.dgb.de ■

NPD will Gipfel in Heiligendamm nutzen

BERLIN. Die NPD will sich massiv in den Protest gegen den im Juni in Heiligendamm stattfindenden G-8-Gipfel einschalten. Der Generalsekretär der Partei, Peter Marx, rief dazu 2007 zum „Jahr des volkstreuen Globalisierungs-Widerstandes“ aus.

Bereits im vergangenen November hatte die NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, wo Marx gleichzeitig Geschäftsführer ist, sich gegen den im Küstenland stattfindenden Gipfel ausgesprochen. Dieser werde nun laut Marx als „Kristallisationspunkt“ nationaler Oppositionspolitik begriffen, was ua. bedeute, dass man in diesem Jahr den Demonstrationsschwerpunkt „auf diesen fatalerweise im ärmsten Bundesland Deutschlands stattfindenden Gipfel der Bonzen“ richten werde. Für den 2. Juni wurde von der NPD zunächst eine Demonstration in Schwerin angemeldet (,,Nein zum G8-Gipfel – für eine Welt freier Völker“, mit 1.500 Teilnehmern geplant). Marx tönte aber auch, es werde sich zeigen, dass die NPD bundesweit kampagnefähig sei.

In vier bis sechs Städten sollen in diesem Jahr neonazistische Aufzüge zum 1. Mai stattfinden. Als Schwerpunkt für „Mitteldeutschland“ ist dieses Mal Erfurt benannt, wo die Anmeldung einer Demo-Route durch den NPD-Landesvorstand, namentlich Ralf Wohlleben, bestätigt wurde. Zum Zwecke besserer Durchschlagskraft und umfangreicher Koordination zwischen NPD und „parteifreien Kräften“ will der bekannte Hamburger Neonazi Christian Worch auf die übliche Randale in Leipzig verzichten.

Rechte Straftaten nehmen weiter zu

Nach Angaben des Bundesinnennministeriums gab es 2006 einen weiteren erheblichen Anstieg rechtsextremer und ausländerfeindlich motivierter Straf- und Gewalttaten. Bereits die vorläufige Bilanz weist im Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – Rechts“ 12.238 Delikte aus, darunter 726 Gewalttaten und 8.738 Propagandadelikte.

Als weitere Orte der Demonstrationen unter dem Motto „Gemeinsam gegen Kapitalismus – Heraus zum 1. Mai“ werden bisher Dortmund, Nürnberg und Berlin genannt.

nonpd
NPD-Verbot jetzt!

In den fünf Berliner Stadtbezirken, wo Neonazis jetzt in den Bezirksverordnetenversammlungen sitzen, kommen sie nun aus der Reserve, provozieren und versuchen demagogisch mit kleinen und großen Anfragen die anderen Parteien herauszufordern und das Geschehen dort an sich zu reißen. In Marzahn-Hellersdorf boykottierte die NPD die Feierstunde zu Ehren der Opfer des Holocaust. In Lichtenberg attackierte der stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner NPD die „antideutschen Gedenkrituale“ und nannte die Ermordung des Antifaschisten Erwin Nöldner durch die Faschisten rechtmäßig. In Treptow-Köpenick versuchte die NPD-Fraktion unter Udo Voigt das Bezirksamt mit einer Kette von Fragen zur antifaschistischen Blockade der Nazidemo am 9. Dezember zu desavouieren. Neben den parlamentarischen setzen die Rechtsextremisten auf medienwirksame außerparlamentarische Aktionen wie die Einrichtung von „Bürgerbüros“ in sozial schwachen Regionen und regionale Veranstaltungen wie Kinder- oder Gartenfeste sowie die weitere Verbreitung ihrer „Schul-CD“, wofür ihnen die parlamentarischen Sitze den Rückhalt bieten.

Newsletter AG Rechtsextremismus / Antifaschismus der Linkspartei.PDS
Antifa aktuell 2/2007 ■

Geschrumpfter rechter „Trauermarsch“

DRESDEN. Mit ca. 1700 bis 1800 Rechtsextremisten nahmen in diesem Jahr erheblich weniger Neonazis an der Demonstration zum 62. Jahrestag des Bombenangriffs auf Dresden am 13.2. teil. Vor zwei Jahren waren offiziell 5.000 Teilnehmer angegeben worden; Neonazis hatten gar von 7.500 gesprochen.

Die diesjährige Demonstration konnte erst mit eineinhalb Stunden Verspätung beginnen, weil etwa 300 Neonazis sich nicht von der Polizei zur Kontrolle abtasten lassen wollten. Bereits früher am Nachmittag hatten 5.500 Menschen an der Demonstration „Geh denken“ gegen die Rechtsextremen teilgenommen. Schon Tage vorher wurde in der Nähe des Postplatzes ein riesiges Transparent aufgehängt und damit der auf einem Gebäude installierte Werbeschriftzug „Dresden grüßt seine Gäste“ ergänzt mit: „... auf Nazis verzichten wir!“

Etwa 1500 Antifaschisten protestieren unter dem Motto „Deconstruct – gegen jeden Geschichtsrevisionismus“ gegen den Naziaufmarsch, mehr als doppelt so viele wie im letzten Jahr, obwohl die Demo unter der Woche stattfand. An mehreren Stellen gelang es, auf die Route der Nazis durchzukommen. Eine Sitzblockade mit mehreren hundert Menschen entstand. Im weiteren Verlauf der Naziroute zwischen Carola- und Albertbrücke ging nichts mehr. Die etwa 1500 Nazis mussten eine massive Abkürzung ihrer Route hinnehmen. Schlussendlich wurde die Zeit sogar so knapp, dass die Polizei befürchten musste, die Nazis noch die ganze Nacht in der Stadt zu haben. Entsprechend wurde dann der kürzeste Weg zum Bahnhof über die Petersburger Straße genommen. Einige hundert Antifas bejubelten am Rand der Strecke ihren Sieg.

Treibende Kraft und Veranstalter des Neonazi-„Pflichttermins“ ist die „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO). In diesem Jahr hatten die Neonazis zur Organisierung des „Trauermarsches“ aber ein „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ (AgV) gebildet, das von den parteiunabhängigen Neonazis der „Freien Kräfte“ dominiert wurde. Diese hatten die Demonstration an einem Wochentag durchgesetzt, während die JLO lieber bei einem Wochenend-Termin geblieben wäre.

Neben dieser Demonstration wollten die Neonazis eine „Aktionswoche“ durchführen. So marschierten in Krefeld (NRW) am 13.2. nach Angaben der veranstaltenden NPD 250 Rechtsextreme, vorher hatten nach Polizeiangaben 3.500 Bürger an einer der größten Anti-Rechts-Demonstrationen der letzten Jahre in Nordrhein-Westfalen teilgenommen. Im sächsischen Borna hatten sich etwa 70 Rechtsextremisten und 200 Gegendemonstranten versammelt.

Quelle: redok und indymedia ■

Stadträtin der Linkspartei.PDS fordert Verbot von Nazikonzert

STUTTGART. Auf den Internetseiten der NPD Stuttgart wird seit Wochen für den 16.2.2007 ein Konzert mit dem rechtsextremen Liedermacher Frank Rennicke in Stuttgart angekündigt. Diese rechtsextremistische Musik ist eine „Einstiegsdroge“ in rechtsextremistisches Gedankengut und diese Szene. Rennicke wurde im Oktober 2000 vom Amtsgericht Böblingen wegen Volksverhetzung zu 10 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Das Landgericht Stuttgart verschärfte im Oktober 2002 dieses Urteil wegen Volksverhetzung und Verbreitung jugendgefährdender Schriften auf 17 Monate Gefängnis zur Bewährung. Am 1.2.2007 habe ich Herrn Bürgermeister Dr. Martin Schairer darauf hingewiesen, dass sich bereits am 18.1.2007 in Stuttgart-Münster 170 NPD-Anhänger zu einer Gedenkveranstaltung zur „Reichsgründung vor 100 Jahren“ versammelt hatten. Ich bat den Bürgermeister, alle möglichen rechtlichen Schritte zu unternehmen, um solche Veranstaltungen und die Etablierung einer NPD-Szene in Stuttgart zu verhindern. Die erste Antwort durch einen Mitarbeiter war, es gäbe kein NPD-Konzert in Stuttgart. Nachdem ich ihm die betreffende Internetseite zugeschickt habe, bekam ich die Antwort: Ich könne sicher sein, dass die Polizei und das Ordnungsamt die Sache „im Blick haben und alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen“. Ein Veranstaltungsort in Stuttgart sei bisher nicht bekannt und Herr Rennicke habe leider kein Auftrittsverbot.

Diese Antwort finde ich nach wie vor völlig unbefriedigend! ... Ich fordere die Stadtverwaltung auf, den Auftritt von Frank Rennicke in Stuttgart zu verhindern. Ich fordere die demokratische Öffentlichkeit auf, gegen die volksverhetzenden und jugendgefährdenden Aktivitäten der NPD einzutreten. *Ulrike Küstler* ■

Referent mit bräunlichem Dreck am Stecken

Vize-Regierungschef Jürgen Seidel und ein Gönner des Holocaust-Leugners Reisegger sind Redner einer Mittelstands-Tagung im März

von Thomas Klaus

ROSTOCK. Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Jürgen Seidel, zugleich stellvertretender Ministerpräsident des Landes, will am 23. März der Frühjahrstagung des Vereins Menschen-Wirtschaft-Arbeit 1990 e.V. (MEWIA) in Rostock seine Aufwartung machen – einer Veranstaltung, auf der neben vier weiteren Referenten auch Professor Dr. Eberhard Hamer aus Hannover einen Vortrag halten wird. Und der ist wegen seiner Ultrarechts-Kontakte umstritten.

Minister Seidel soll die Tagung im Tri-Hotel am Schweizer Wald mit einem Leitvortrag eröffnen, zum Thema „Mittelstand führt Deutschland aus der Krise“.

Besonders stark steht Eberhard Hamer in der Kritik, seit der Leiter des Mittelstandsinstitutes Niedersachsen 2005 für sein Buch „Wie kann der Mittelstand die Globalisierung bestehen?“ den österreichischen Holocaust-Leugner Gerhoch Reisegger als Co-Autoren eingesetzt hatte.

Ein weiterer Autor dieses Werkes ist der einstige Bundeswehr-General Reinhard Uhle-Wettler. Der Vorsitzende der weit rechts stehenden „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG) veröffentlichte 1998 im vom Verfassungsschutz beobachteten Arndt-Verlag eine Festschrift zu Ehren des notorischen Holocaust-Verharmlosers David Irving.

Ein anderes „Kaliber“ als Reinhard Uhle-Wettler ist der Österreicher Gerhoch Reisegger. Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz bezeichnet ihn als „einen der bekanntesten Vertreter rechtsextremistischer Verschwörungstheorien“.

In Deutschland schrieb oder schreibt er für die rechtsextremistischen Blätter „Nation Europa“, für das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ und für die „Werkstücke“. Zum „Werkstücke“-Verantwortlichen Horst Mahler unterhält Gerhoch Reisegger einen engen Kontakt, so das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) in Wien. In Deutschland erscheinen die Reisegger-Bücher im rechtsextremistischen Grabert-Verlag, der auch zum Beispiel das Buch „Der Auschwitz-Mythos“ von Wilhelm Stäglich verlegt hatte. Unter dem Vorwurf der Volksverhetzung wurden Grabert-Bücher bereits des öfteren eingezogen oder von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien auf den Index gesetzt.

Der mit Professor Hamer kooperierende Gerhoch Reisegger schreibt jedoch nicht nur. Nach DÖW-Informationen trat er unter anderem im Januar 2002 auf einer internationalen Konferenz von Holocaust-Leugnern in Moskau auf. Im Herbst 2004 soll er sich laut DÖW mit Vertretern des rechtsterroristischen „Kampfbundes Deutscher Sozialisten“ getroffen haben.

Für Juli 2004 war Reisegger als einer der Referenten eines Tagesseminars der Burschenschaft Normannia Heidelberg vorgesehen. Das wurde jedoch später wieder abgesagt. Der thüringische Verfassungsschutz bewertet diese Burschenschaft als „rechtsextremistisch ausgerichtet“. Ebenfalls als Referent angekündigt war Professor Eberhard Hamer, der Reisegger in dem Buch „Wie kann der Mittelstand die Globalisierung bestehen?“ ausführlich zu Wort kommen lässt. ■

Nazi-Boutique gekündigt – Besitzer verurteilt

HAMBURG. Doppeltes Pech hatte letzte Woche Neonazi Volker Fuchs. Erst wurde ihm das Mietverhältnis für seinen gerade erst neu eröffneten Nazi-Shop in der Straße Bürgerweide, nahe Berliner Tor gekündigt und dann wurde er auch noch zu einer Geldstrafe verurteilt.

Fuchs hatte erst Ende September 2006 seinen Laden „Elite-Style“ bzw. „Odin + Freya“ in St.Pauli nach Kündigung räumen müssen. Diesmal erfolgte die Kündigung nach Protesten von Anwohnern und einem Artikel in der taz durch den Vermieter wesentlich schneller. Die Hanseatische Baugenossenschaft Hamburg e.G. erklärte in einer Pressemitteilung vom 5. Februar 2007, sie „distanziert sich vom Ladenmieter mit engen Kontakten in die rechtsradikale Szene und zieht mit der fristlosen Kündigung noch in dieser Woche die Konsequenzen.“ Ob Fuchs dagegen Rechtsmittel eingelegt hat, ist unbekannt.

Fuchs hatte im neuen wie im alten Laden nicht nur beliebte Nazimode wie „Thor Steinar“ verkauft, sondern der Laden in St. Pauli war auch ein Treffpunkt von militanten Neonazis und rechten Hooligans. Ständig wurden Nachbarn, Passanten und (vermeintliche) Linke bedroht, beleidigt und teilweise tätlich angegriffen. Auch Ladenbesitzer Fuchs beteiligte sich daran, was ihm jetzt zum Verhängnis wurde: Wegen Beleidigung und Körperverletzung im August 2006 wurde er jetzt vor dem Landgericht Hamburg zu 120 Tagessätzen Geldstrafe und Schmerzensgeld verurteilt. Er hatte einem Passanten einen Zahn ausgeschlagen und dessen Schwester ins Gesicht gespuckt.

NPD-Mitglied Torsten de Vries (Mitte) und Ladenbesitzer Volker Fuchs (rechts) bei einer Veranstaltung des neonazistischen „Aktionsbüro Norddeutschland“ am 7.5.2006 in Hamburg Stellingen

Beide Beispiele zeigen, dass sich antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit und Zivilcourage lohnen. Dem hochtrabenden Namen seines neuen Geschäftes „unbreakable streetwear“ ist Volker Fuchs nicht gerecht geworden.

erk nach: www.antifainfo.de, taz, und Pressemitteilung Hanseatische Baugenossenschaft ■

Versammlungsrecht mühsam erstritten – und erfolgreich gegen den Naziaufmarsch in Bergedorf protestiert!

Der abgesetzte Hamburger Landesvorstand der NPD hatte zusammen mit „parteifreien“ Nationalisten um Christian Worch zu einer Kundgebung gerufen. Gekommen waren gerade einmal 40 Neonazis, die nur über Schleichwege und unter massiver Polizeibegleitung an diesem kalten Samstagmorgen zu ihrer Kundgebung im Hamburger Randbezirk Bergedorf gelangten. Nach Abschluss der jämmerlichen Veranstaltung wurde die Gruppe von der Polizei im HVV-Bus abgefahren, da Antifaschisten die S-Bahn blockierten.

Am Ort der Nazi-Kundgebung selbst, dem Johann-Adolf-Hesse-Platz, waren alle Zuwege von Antifaschisten besetzt. Mehrere hundert Protestierer beherrschten den akustischen Luftraum. Das Läuten der Kirchenglocken, der lautstarke Protest von Menschen aller Altersgruppen und laute Musik aus den Fenstern der Anwohner ließen die menschenverachtenden Parolen der Neonazis untergehen.

Zeitgleich zogen 100 NPD-Mitglieder und „Freie Nationalisten“ vom rivalisierenden Flügel um Thomas Wulff durch das 90 km entfernte Rotenburg/Wümme. Das „Aktionsbüro Nord“ hatte hierzu in beabsichtigter Konkurrenz zur Kundgebung in Bergedorf mobilisiert. In der niedersächsischen Kreisstadt kamen etwa 400 Antifaschisten zusammen, konnte den Naziaufmarsch angesichts von 700 eingesetzten Beamten jedoch weder verhindern, noch effektiv stören.

Damit eskaliert der Streit der beiden verfeindeten Lager im Hamburger Landesverband der NPD um Macht, Posten und Einfluss weiter.[1] Unter der neuen Führung der 33 jährigen Anja Zysk legte die NPD im letzten Jahr deutlich zu. Laut dem für gewöhnlich gut informierten Worch, hat der Landesverband inzwischen 185 Mitglieder, das wäre ein Zuwachs von 32% im letzten Jahr. Auf der anderen Seite planen ehemalige Kader aus der verbotenen Kameradschaft „Hamburger Sturm“ und dem „Aktionsbüro Nord“ in Zusammenarbeit mit dem bereits 2004 in die NPD eingetretenen Thomas Wulff die Absetzung von Zysk und deren Ersetzung durch den inzwischen in den Bundesvorstand der NPD aufgestiegenen Hamburger Nazianwalt Jürgen Rieger. Zysk schreibt, dass schon Anfang 2006, als Rieger noch parteilos war, Anhänger von Wulff ihr dieses mitgeteilt hätten. Dass Rieger schon vor seinem Parteieintritt eine große Rolle spielte, zeigt seine Kandidatur für die Hamburger NPD auf Platz 1 zur Bürgerschaftswahl 2005. Dabei ist es erst ein-

Die vom Antifaschistischen Bündnis Bergedorf (ABB) organisierte Demonstration unter dem Motto "Kein Platz den Nazis" war mit über 1000 Teilnehmern trotz der Schikanen und Kriminalisierungsversuche von Seiten der Polizei die zahlenmäßig größte Veranstaltung an diesem Tag.
Bild: Jan Johanson

mal natürlich erfreulich, wenn Nazis sich gegenseitig bekämpfen, Informationen offen legen und sich gar gegenseitig anzeigen. Vor allem potenzielle Wähler oder Mitglieder aus dem bürgerlichen Spektrum dürfte solche Hau-Drauf-Politik abschrecken. Trotzdem ist Entwarnung alles andere als angebracht! Zum einen ist es in diesem autoritätshörigen und stark von Einzelpersönlichkeiten geprägten Milieu unvermeidlich, dass die Hackordnung und die interne Hierarchie ständig, und, wie die Geschichte zeigt, bei Fehlen demokratischer Gepflogenheiten auch unter Einsatz von Gewalt neu justiert wird, zum andern bleibt die NPD, unabhängig vom Ausgang des Machtkampfes, für das militante Lager ein unverzichtbarer Bündnispartner im „Kampf um die Straße“. Doch am beschriebenen 10. Februar blamierten sich die Nazis auf jeden Fall bis auf ihre glatt rasierten Schädelknochen.

Eingeschlossen durch eine Kulturveranstaltung des DGB (70 Meter entfernt) auf der einen, sowie einem „multikulturellen Fest“ – einer Art Infomeile der etablierten Parteien – (100 Meter entfernt), auf der anderen Seite des Kundgebungsplatzes der Nazis, verlief schließlich auch die Demo des Antifaschistischen Bündnis Bergedorf durch die Bergedorfer „City“ friedlich und erstaunlich gut besucht. Die, von der Innenbehörde beabsichtigte Eskalationsstrategie und Spaltung in „gute“ und „böse“ Antifaschisten ging nicht auf, obwohl die Polizei mit 1200 Beamten, sechs Wasserwerfern und einem massiven Spalier von Anfang an auf Konfrontationskurs setzte. Vereinzelte „Schneeballwürfe“ führten, trotz Minustemperaturen, gleich zu einem Wasserwerfereinsatz und schließlich dazu, dass der Aufzug noch vor dem Ende der vereinbarten Route abgebrochen werden musste. Doch damit nicht genug. Bereits im Vorfeld hatte die Innenbehörde weitreichende Auflagen verhängt: Eine abgeänderte Uhrzeit (12.00 statt 10.00 Uhr), eine geänderte Route sowie das Verbot jeglicher Zwischenkundgebung sollten den geplanten Ablauf der Demonstration im Sinne der Innenbehörde verändern. Die Begründung fiel hier ebenso haarsträubend aus, wie die Auflagen selbst. Die Demonstration falle nicht unter den Schutz Art. 8Abs.1GG („Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln“), so die Rechtsabteilung der Versammlungsbehörde, da im Aufruf als Ziel genannt werde „die Kundgebung zu verhindern“. Gegen die Auflagen klagte der Anmelder, ein Mitglied des Bezirksvorstandes der WASG, und bekam Recht. Im Urteil des Verwaltungsgerichtes[2], welches durch das Oberverwaltungsgericht inzwischen bestätigt wurde, heißt es: „Auch die Lagebeurteilung des LKA zeigt, dass der vom Antragsteller angemeldete Aufzug wesentlich Ziele im Schutzbereich des Art. 8 Abs. 1 GG umfasst. Dort wird unterschieden zwischen dem Aufzug selbst, der störungsfrei angelegt sei, und Störungsaktionen von Kleingruppen, die vor, während und nach dem Aufzug versuchen würden, an den Veranstaltungsort der Kundgebung zu gelangen. Dies würde dann allerdings nicht aus dem Aufzug heraus geschehen. Steht aber nicht zu befürchten, dass der Aufzug selbst einen unfriedlichen Verlauf nimmt oder seine Teilnehmer einen unfriedlichen Verlauf anstreben, unterfällt der Aufzug weiterhin dem Schutzbereich des Art. 8 Abs.1 GG (vgl. BVerfG, Beschl. v. 14.5.1985, BVerfGE 69, 315).“ Abschließend bewertet das Antifaschistische Bündnis Bergedorf den Tag als einen Erfolg. „Die vielfältigen Protestformen“, so der Wortlaut ihrer Pressemitteilung, „haben sich gegenseitig ergänzt und den Neonazis eine Atmosphäre entgegengesetzt, welche jede Form von Fremdenfeindlichkeit und Neonazismus nicht nur ablehnt, sondern dieser auch aktiv entgegentritt.“

Die VVN-BdA hatte mit einer Rede der Kameradin Ilse Jakob auf der Auftaktveranstaltung sowie mit einem kleinem eigenen „Block“ von 30 Mitgliedern und Freunden zu dem erfreulichen Resumee mit beigetragen. Der, unserer Meinung nach rechtswidrige, Polizeieinsatz war demgegenüber gefährlich, unverhältnismäßig und ohne ersichtlichen Grund wurden Teilnehmer mit Pfefferspray attackiert und gewaltsam abgeführt. Wir vermuten, dass auch eine Portion Frustration wegen des verlorenen Rechtsstreits vor dem Oberverwaltungsgericht eine Rolle für das entfesselte Vorgehen der Exekutive spielte. Die Situation erscheint wie ein Dejavue: Im vergangenen Jahr erhielt die Hamburger VVN im Zuge einer angestrengten Feststellungsklage Recht. Die Auflösung unserer Kundgebung am 27. März 2004 gegen einen Naziaufmarsch, der sich gegen die „Wehrmachtsausstellung“ auf Kampnagel richtete, war rechtswidrig und der Schlagstock- und Wasserwerfereinsatz als Reaktion auf vereinzelte Schnellballwürfe unverhältnismäßig. Auch in Bergedorf sollte ein Feststellungsverfahren in Erwägung gezogen werden, selbst wenn die Hamburger Polizei wenig geneigt scheint, aus diesen Urteilen Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen.

Wolfram Siede ■

Anmerkungen:

1. Zum Hintergrund im Streit des Hamburger Landesverband der NPD siehe auch: http://www.kueste.vvn-bda.de – unter: Informationen vom Rechten Rand: „Führungskrise bei der Hamburger NPD“ von Felix Krebs.

2. Der Beschluss der 5. Kammer des Verwaltungsgericht Hamburg vom 9. Februar 2007 sowie die Schriftsätze der Feststellungsklage stellen wir für mögliche Rechtsauseinandersetzungen um das Versammlungsrecht stellen wir (vvn-bda.hh@t-online.de) gerne zur Verfügung.

Le Pen: Freund der Bedrängten und der Immigranten, „Kandidat der Afro-Europäer“, verkannter Revolutionär?

„Papon ist tot, Le Pen lebt immer noch“ verkündet die linksliberale Tageszeitung ‚Libération‘ am Montag (19. Februar) von ihrer Titelseite. (Vgl. dazu nachstehenden Artikel über das Ableben des alten Nazikollaborateurs und Staatskriminellen Maurice Papon) Darunter steht in Großformat das Konterfei von Jean-Marie Le Pen mit offenem Mund, aufgenommen bei seinem „Präsidentschaftskonvent“ im November 2006 in Le Bourget bei Paris. Kleinformatig rechts darüber: das Portrait des soeben verstorbenen Maurice Papon.

Diese Platzierung der beiden Herren nebeneinander zeugt von einem gewissen politischen Mut oder Bereitschaft zur Provokation, da mit Gegenangriffen zu rechnen ist. Überraschend wirkt sie hingegen nicht wirklich, zumal in Anbetracht der Äußerungen Le Pens über Papon (siehe anbei). Wesentlich überraschender ist da doch eine Überschrift wie diese: „Monsieur Le Pen möchte auf die Franzosen ausländischer Herkunft setzen“ (in der Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘ vom vorigen Samstag, 17. 01.). Voraus ging ein Besuch von Jean-Marie Le Pen am Freitag in Noyelles-sur-Mer in der Picardie, wo der rechtsextreme Politiker einen Friedhof besuchte, auf dem in den Jahren 1917 bis 1919 über 800 aus China stammende „Kulis“ oder ‚koolies‘ der britischen Armee beerdigt worden sind. Diese chinesischen Arbeiter wurden durch diesen Alliierten Frankreichs im Ersten Weltkrieg u.a. zur Entladung von Schiffen und Zügen, zum Ausheben von Schützengräben, zum Hüten von Pferden und später zum Bergen von Minen eingesetzt. Vor dem Hintergrund der französisch-britischen „Entente“ im Ersten Weltkrieg feierte Le Pen so auch diese Toten des Krieges von 1914-18. Der Bürgermeister der kleinen Kommune in der Picardie nahm „aus republikanischem Anstand“ zwar Le Pen in Empfang, weigerte sich jedoch aus politischen Gründen, ihm die Hand zu rücken. Woraufhin der Chef des FN öffentlich die Nase rümpfte: Der Bürgermeister sei „wohl im Ellenbogen gelähmt“.

Den Abstecher nach Noyelles-sur-Mer muss man als einen Bestandteil der neuen Charmeoffensive des Präsidentschaftskandidaten Jean-Marie Le Pen sehen. Völlig neu ist zwar nicht, dass er ehemaligen Waffenbrüdern Frankreichs (insbesondere in seinen Kolonialkriegen der 1950er und 60er Jahre), unter ihnen früheren Kolonialsubjekten, ungeachtet ihrer Abstammung eine gewisse öffentliche Anerkennung zukommen lässt. Dennoch hätte man etwa die Ehrung der früheren chinesischen „Kulis“ der Entente-Armeen nicht unbedingt als Bestandteil des Le Pen’schen Wahlkampfs erwartet. Dass er freilich faktisch auf die rassistische Hierarchie in der verbündeten britischen Armee am Ausgang des Ersten Weltkriegs hinwies, ersparte Jean-Marie Le Pen die kritische Erörterung entsprechender Praktiken in den Reihen der französischen Armee.

Den Ausgangspunkt der, von Le Pen in der Vergangenheit eher unerwarteten, Ehrungsoffensive bildet die Rede von Jean-Marie Le Pen in Valmy am 20. September 2006 (vgl. http://www.trend.infopartisan.net/trd1106/t191106.html). An diesem Gedenkort, der an die Anfänge der Republik im Jahre 1792 erinnert, hatte der rechtsextreme Politiker unter anderem auch ausgerufen, er appelliere an die Franzosen ausländischer Herkunft, sich ihm anzuschließen: „In dem Ausmaß, in dem Ihr unsere Bräuche und unsere Gesetze respektiert, in dem Ausmaß, in dem Ihr nur danach strebt, in diesem Land durch Arbeit nach vorn zu kommen, sind wir bereit, Euch im nationalen und republikanischen Tiegel zu verschmelzen...“

Diese Konzeption steht zwar nicht im Einklang mit dem bisherigen „rassisch“ grundierten Nationsverständnis, das in einem Großteil der französischen extremen Rechten vorherrscht. Allerdings dürfte es Anknüpfungspunkte bei der kolonial-paternalistischen Vision der „Rassenbeziehungen in einem multiethnischen Imperium“ (unter französisch-weißer Führung), wie sie gegen Ende der französischen Kolonialära vorherrschte und wohl auch den jungen Le Pen anfänglich mitprägte, geben.

Dabei darf einer nicht fehlen, sobald es darum geht, politische Verwirrung zu stiften. Der schwarze französische Theatermacher und Antisemit Dieudonné M’bala M’bala, allgemein unter seinem Vor- und Künstlernamen bekannt, hat sich längst zum Meister der politischen Konfusion aufgeschwungen. Sein eigenes verbittertes Ressentiment gegen „die Medienclique und die Mächtigen“, die Ausgrenzung gegen ihn betrieben (infolge von Dieudonnés antisemitischen Ausfällen seit Anfang 2004), der daraus folgende Wille zu einer Annäherung an die „ebenso Verteufelten vom anderen Ufer“, ein gehöriger Schuss Provokation und Selbstverliebtheit – all dies kommt bei dem Mann zusammen.

Jedenfalls betreibt Dieudonné immer mehr Werbung für Jean-Marie Le Pen, den ach so verkannten Kandidaten und verkappten Revolutionär, bei den afrikanisch- und arabischstämmigen Immigrantenbevölkerungen. Diese standen Le Pen bisher, nun ja, insgesamt „eher fern“, wie sich ohne größeres Irrtumsrisiko feststellen lässt. Jüngst bezeichnete Dieudonné den rechtsextremen Politiker sogar als „Kandidaten den Afro-Europäer“. Zuvor hatte Le Pen in einem Fernsehauftritt die (simple, aber wahre) Feststellung getroffen, dass sich auf der französischen Antilleninsel Martinique in den letzten 200 Jahren insofern wenig verändert habe, als immer noch die weißen Grundbesitzer die Macht ausübten. Das ist schlicht und einfach zutreffend, wird aber zu wenig offen ausgesprochen.

Ausführlicheres dazu in der kommenden Ausgabe.

Bernhard Schmid, Paris ■

Maurice Papon ist tot

Beerdigung des Massenmordkomplizen mit Verdienstkreuz?

Am vergangenen Samstag, den 17. Februar 2007 starb in einem Krankenhaus des Pariser Raums im Alter von 96 Jahren Maurice Papon. Der erste und einzige Franzose, der bisher wegen (Beihilfe zu) „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ rechtskräftig verurteilt worden ist, war 1910 im Pariser Vorort Gretz-Armainvilliers geboren. Dort hatte er auch bis zu seinem Krankenhausaufenthalt in der vergangenen Woche aufgrund von Herzproblemen bis zuletzt gewohnt.

Papon war von 1942 bis 44 als hoher Beamter des Vichy-Regimes in Bordeaux tätig. Als Generalsekretär der Regionalpräfektur war er im Südwesten Frankreichs auch, kraft amtlicher Aufgabenbeschreibung, für das „Büro für Judenfragen“ zuständig. Papon organisierte die Deportation von 1.690 jüdischen Personen allen Alters aus dem Raum Bordeaux über das „Durchgangslager“ Drancy in Richtung Auschwitz. Später war Papon Polizeipräfekt in Paris ab 1958, und als solcher direkt und persönlich für das Massaker an 300 algerischen Demonstranten mitten in Paris am 17. Oktober 1961 (in der Schlussphase des Algerienkriegs) verantwortlich.

Auch den Tod von neun kommunistischen Demonstrantinnen und Demonstranten, die gegen die Fortführung des Algerienkriegs auf die Straße gingen, am 8. Februar 1962 in der Pariser Métro-Station Charonne hat Papon auf dem Gewissen. Später zeichnete Papon noch, als Haushaltsminister der bürgerlichen Regierung Giscard/Barre von 1978 bis 1981, für die Einfädelung von Waffenlieferungen an die Militärdiktatur in Argentinien verantwortlich.

Maurice Papon hat in der Öffentlichkeit immer betont, dass er „nichts zu bedauern“ habe und „alles, wenn es wieder zu tun wäre, wieder tun würde“. Am 2. April 1998 wurde er in Bordeaux nach einem sechsmonatigen Prozess wegen „Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ aufgrund seiner Rolle bei den Judendeportationen zu zehnjähriger Haft verurteilt. Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urteil im Oktober 1999, woraufhin sich der frühere schreckliche Staatsdiener „mutig“ in die Schweiz absetzte. Doch schon einen tag später wurde er wieder eingefangen, in einem Hotel im Nobel-Wintersportort Gstaad. (Vgl. www.antifaschistische-nach-

→

Aktionsbündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz:

„Wir geben keine Ruhe“

Das Aktionsbündnis gegen die sog. NATO-Sicherheitskonferenz wertet die Kundgebung am 9. Februar auf dem Marienplatz und die Demonstration unter der Motto „Stoppt Folter und Kriegsterror – für Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit“ am Samstag, 10.2.07 als einen großen Erfolg:

Entgegen den Unkenrufen von Polizeioberen, Herrn Teltschik oder Teilen der Presse, die Proteste würden schwächer werden, haben sich in diesem Jahr mit 6.000 bis 7.000 Menschen mehr als doppelt so viele an den Protesten beteiligt als im vergangenen Jahr. Die Demonstrationen gegen die NATO-Sicherheitskonferenz sind für immer mehr, vor allem jugendliche TeilnehmerInnen eine wichtige Möglichkeit, ihren Protest gegen Krieg, Folter und Besatzung auszudrücken. Gerade die jüngste Entscheidung der Bundesregierung, den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan auszuweiten, die Verstrickungen bundesdeutscher Politiker in die Folterpraxis der USA oder die Diktaturphantasien des Herrn Teltschik belegen die Notwendigkeit, die mehrheitliche Ablehnung dieser Politik mit unserer Demonstration sichtbar zu machen.

Auch diese Demonstration hat gezeigt, dass die von der Polizeiführung immer wieder behauptete „Gewaltbereitschaft“ der Demonstrierenden eine glatte Lüge ist. Vielmehr wurde deutlich, dass auch in diesem Jahr wieder Provokationen und Gewalt von der Polizei, insbesondere von den brutal agierenden USK-Gruppen, ausgingen. Dies belegen die Protokolle einer zehnköpfigen Beobachtergruppe, darunter auch Bundestagsabgeordnete, die gezielte Übergriffe der Polizei in Form von Filmen, Fotos und Schilderungen von DemonstrantInnen festgehalten haben. ... Wir werden demnächst in einem öffentlichen Hearing dieses Material bekannt machen, um zu zeigen, mit welchen Methoden die Polizei versucht durch ihre Einsätze das Demonstrationsrecht außer Kraft zu setzen und Menschen von ihrem Recht auf Meinungsfreiheit und Demonstration abzuschrecken. Offensichtlich hat sich die Polizeiführung die Auffassung des Herrn Teltschik zu eigen gemacht, es sei „die Tragik der Demokratie, dass bei uns jeder seine Meinung öffentlich vertreten darf“. Wie sonst sind solch überzogene Repressalien zu erklären, dass z.B. sechs DemonstrantInnen noch nach Beendigung der Abschlusskundgebung auf dem Nachhauseweg festgenommen, regelrecht zu einem Bündel zusammengeschnürt und so vom Stachus zur Ettstraße getrieben wurden, oder dass durch weiträumige käfigartige Absperrungen bei der Auftaktkundgebung am Stachus, und andere Maßnahmen, viele Menschen von der Teilnahme an der Kundgebung und Demonstration abgehalten werden sollten. Wir protestieren erneut gegen diese ungerechtfertigten und provokativen Einsätze der polizeilichen Greiftrupps, deren Gewaltbereitschaft den Ablauf von Kundgebung und Demonstration immer wieder behinderten.

Für uns ist mit der Demonstration gegen die Sicherheitskonferenz der Widerstand gegen Folter und Krieg nicht beendet. Das Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz erklärt, dass es seine Arbeit fortsetzen und jetzt für die Gegenaktionen zum G8-Gipfel in Heiligendamm mobilisieren wird.

Schon jetzt ist klar: Wir geben keine Ruhe, so lange die Konferenz der NATO-Kriegsstrategen stattfindet, so lange völkerrechtswidrige Kriege geplant und geführt werden. *Claus Schreer,*
München, den 12. Februar 2007 ■

→ richten.de/1999/22/024.shtml) Im Anschluss musste Papon jedoch gerade einmal lächerliche zweieinhalb Jahre – von den zehn Jahren, zu denen er verurteilt worden war – absitzen. Im September 2002 erhielt er Haftverschonung, weil der gar so bedauernswerte, arme alte Mann vorgeblich sterbenskrank war. Angeblich stand er an der Schwelle des Todes. Danach lebte er aber noch über vier Jahre ziemlich munter weiter.

Unterdessen organisierte Maurice Papon seine Insolvabilität: Um keine Schadensersatzzahlungen infolge von Zivilklagen überlebender Opfer bzw. ihrer Hinterbliebenen leisten zu müssen, verschrieb er all sein Vermögen zu Lebzeiten seinen Kindern. Papon selbst besaß am Ende, rein juristisch betrachtet, keinen roten Heller mehr. Und seine Kinder mussten dabei noch nicht einmal Erbschaftssteuern bezahlen, da es sich rein rechtlich um eine Schenkung handelte. Die Nachkommen der Opfer durften in die Röhre gucken. Allerdings urteilten die höchsten Richter im Jahr 2002, dass der französische Staat (dessen Kontinuität in der Vichy-Ära damit erstmals juristisch anerkannt wurde) mitschuldig am Treiben eines Papon gewesen sei. Der Staat musste deshalb für die Hälfte der in Zivilprozessen erstrittenen Schadensersatzzahlungen aufkommen.

Und nun, wo er tot ist, kommt noch die jüngste Frechheit des Maurice Papon ans Tageslicht. Noch hat die die Familie Papons nicht bekannt gegeben, an welchem Tag er genau beerdigt werden wird (mutmaßlich am Mittwoch oder Donnerstag, 21./22. Februar) – da wird auch schon pu-

blik, dass der Verstorbene nach ihrem Willen mit seinem Verdienstmedaillon beigesetzt werden solle. Maurice Papon hatte in seiner Amtszeit als Pariser Polizeipräfekt unter Präsident de Gaulle, die von 1958 bis 1967 währte, von diesem die Auszeichnung als „Kommandeur der Ehrenlegion“ erhalten. Die Ehrenlegion ist ein von Napoléon Bonaparte im Jahr 1802 als „Elitekorps der Nation“ geschaffener Kreis besonders gewürdigter Persönlichkeiten. Aufgrund seiner Verurteilung im Jahr 1998 hat Papon automatisch das Recht verwirkt, diese Auszeichnung zu tragen. Dennoch hat er es auch später noch getan, weshalb er (infolge einer Veröffentlichung des Wochenmagazins „Le Point“ im Jahr 2004, das Papon auf einem Foto mit dem Verdienstabzeichen zeigte) zu einer Geldstrafe in Höhe von 2.500 Euro wegen illegalen Tragens der hohen Auszeichnung verurteilt worden ist. Obwohl ihm also das Vorzeigen der Auszeichnung in der Öffentlichkeit unter Strafe verwehrt wurde, blieb Papon jedoch im Besitz der Medaille.

Sein Anwalt Francis Vuillemin hat am Montag (19. Februar) öffentlich erklärt, er werde „persönlich darüber wachen“, dass Papon mitsamt seiner Auszeichnung im Sarg beigesetzt werde. Diese unverschämte Geste wirft ein bislang unbekanntes juristisches Problem auf, da zwar das Tragen einer Auszeichnung durch eine dazu unautorisierte Person in der Öffentlichkeit geahndet werden kann – das Sarginnere jedoch nicht wirklich als öffentlicher Raum gelten kann. Hingegen ist die Beerdigung einer solchen Person wiederum ein öffentliches Ereignis. Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie (der die „Ehrenlegion“ qua Funktion untersteht) erklärte am Montag ihr „Unwohlsein“, fügte jedoch hinzu, sie möge nicht „Särge öffnen“ lassen. Die Vertreter der Opfer(familien) von 1942-44 erklärten, ihnen sei vor allem wichtig, in der Öffentlichkeit festzustellen, dass Papon „niemals um Verzeihung gebeten noch das geringste Bedauern an den Tag gelegt hat“ (so die 77-jährige Überlebende Juliette Benzazon, Nebenklägerin im Prozess von 1998).

Unterstützung erhielt Maurice Papon dagegen von... na, von wem wohl? Nun, von wem stammen folgende Sätze?: „Die Auszeichnungen, die man gewonnen hat, die man sich verdient hat – ich sehe nicht, wer einen daran hindern könnte, sie zu tragen, vor allem wenn man tot ist. Es wäre eine armselige, wirklich niedrige Geste, die Familie von Maurice Papon daran zu hindern, ihm eine letzte Ehre zu erweisen.“ (Um es nicht zu spannend werden zu lassen, hier die Auflösung: Jean-Marie Le Pen in der Sendung „Grand Jury-RTL-Le Figaro-LCI“.)

Bernhard Schmid (Paris) ■

Neue Stolpersteine: Gedenken an jüdische Kölner Familie

Das Griechenmarktviertel, das seinen Namen von zwei Straßen, dem „Kleinen“ und dem „Großen Griechenmarkt“ hat, ist ein ruhiges, unauffälliges Viertel direkt südlich des Neumarkts. Da es im Krieg völlig zerbombt wurde, erinnert nichts mehr daran, wie es vor 1944 aussah und wer dort lebte. Fast nichts, denn dem aufmerksamen Spaziergänger werden die vielen Stolpersteine auffallen, die an den nicht unbedeutenden Teil der früheren Bewohner(innen) erinnern, der nicht den Bombenangriffen sondern dem diesem vorausgehenden rassistischen Naziterror zum Opfer fielen: jüdische Menschen sowie Sinti und Roma.

Seit einigen Wochen zeugen drei neue Stolpersteine von dieser Vergangenheit des Viertels. An der Stelle, an der heute das Haus Großer Griechenmarkt 125 steht, befand sich der letzte Kölner Wohnsitz der jüdischen Fanilie Dussmann. Die Familie hatte im Pantaleonsviertel eine Schreinerei und musste nach den ersten antisemitischen Gesetzen der Nazis immer wieder umziehen. 1939 gelang ihnen die Flucht nach Brüssel. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf Belgien wurden Vater Simon Dussmann und Mutter Helene Dussmann deportiert und in Auschwitz ermordet. Ihr Sohn Sally fiel als Angehöriger des jüdischen Widerstandes im Juli 1944 in Brüssel. An diese drei Familienangehörigen erinnern die neuen Erinnerungssteine, die von Adolf Dussmann, einem Sohn, dem die Flucht nach England gelungen war, und seiner Familie mit Unterstützung der Kölner „Frauen in Schwarz“ initiiert und finanziert wurden.

Am Samstag, dem 10. Februar hatte sich eine kleine Gesellschaft an den neu verlegten Steinen versammelt, um der Toten zu gedenken. Nach einigen Worten über die Geschichte der Familie begaben sich die Teilnehmer(innen) in ein nahegelegenes Cafe, in dem Adolf Dussmann, der mit seiner Frau seit langem in Mönchengladbach lebt, in bewegenden Worten seiner Familie gedachte und den „Frauen in Schwarz“ dankte, die die Verlegung der Steine, die den Ermordeten wenigstens ihre Identität zurückgeben, ermöglicht hatten. Alle Anwesenden nachdenklich stimmten die Worte, mit denen seine Tochter Katja ihre Erfahrungen im Deutschland der sechziger Jahre schilderte (wir dokumentieren den Text der Rede im Anschluss). Die Feierstunde machte noch einmal die menschliche Dimension des Naziterrors deutlich, die selbst Antifaschist(inn)en häufig verdrängen. Deutlich wurde aber auch das quantitative Ausmaß der Vernichtungspolitik: Noch sind nur für eine Minderheit der Opfer Gedenksteine verlegt. Würde allen gedacht, ginge man in manchen Vierteln über einen Teppich von Messingschildern mit den Namen der Ermordeten. *tri* ■

Zum Anlass der Stolpersteinlegung für Helene, Simon und Sally Dussmann

Liebe Freunde, Ihr glaubt nicht, wie sehr ich mich freue, wie dankbar ich bin, hier sein zu dürfen. Hier, wo meine Familie einen Teil ihrer Würde, wieder einen Namen und etwas Ruhe bekommen hat. Das sind große Worte für die kleinen Steine der Erinnerung, aber das ist mein Gefühl dabei.

Ein Teil meiner Familie hat immer gefehlt, war nicht existent, existierte nur in meinem Kopf und manchmal in Erzählungen meines Vaters, was selten vorkam. Er wollte mich schützen, nicht belasten,... das haben dann Andere getan. Das Vergangene ist nicht tot, es ist nicht einmal vergangen. Schon mit ca. 5 Jahren wurde ich von Nachbarn und von Händlern in unserer Vorstadt angesehen und gefragt, ob ich Jüdin sei, oder mein Vater? Sie kannten unsere Familie. Im Kindergarten wurde ich von den Nonnen immer wieder mal gefragt, ob ich Jüdin sei?

Wie sehen Juden aus?

In Mönchengladbach tritt morgens, als ich zur Schule gehen will, unsere Nachbarin aus ihrer Wohnung und sagt im Treppenhaus zu mir, einer etwa 13-Jährigen: Kind, Du musst mir glauben, wir haben das alles nicht gewusst. Ich wusste erstaunlicherweise sofort, was sie mir sagen wollte. Ich habe sie verachtet.

Meine Familie war etliche Zeit staatenlos, sie wurde staatenlos gemacht von den Mördern meiner Familie. Während meiner Volksschulzeit war das etwas, was ich unerträglich fand, die Frage nach der Staatsangehörigkeit, die immer wieder kam.

Ich habe oft gehört, jeder erbt doch. Welches Erbe? Welchen Besitz? Das Erbe meiner Familie wurde arisiert. Als ich mich selbständig machte, hörte ich doch tatsächlich einen Menschen sagen: Mach das, Juden können so etwas gut, die sind geschäftstüchtig. Ich habe oft gehört: Wenn alle so wären wie Du,... aber, wie sind denn die Anderen?

Was heißt denn Jude sein? Ist es eine Religion? Ein Volk? Wie sind denn Juden? Ich habe meine Großeltern nie kennen lernen dürfen, nie mit meinem Onkel spielen können. Wer oder was sind Juden?

Nichts ist vergessen und niemand ist vergessen. Liebe Zuhörer, das sind sehr kleine Sequenzen dessen, was ich, als Kind der Nachkriegsgeneration erlebt und gefühlt habe.

Bert Brecht schrieb 1939: „Wer entkommen will, braucht Glück, ohne Glück rettet sich keiner. ... Glück ist Hilfe.“

Vielen Dank.

Katja Dussmann

„Menschenrechte an der Südgrenze 2006“

Aus dem Bericht der spanischen Flüchtlingsorganisation Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía (APDHA)

Im Jahr 2006 hat sich die Zahl der Todesopfer der „heimlichen Einwanderung“ an den spanischen Südgrenzen gegenüber 2005 verdreifacht. 1.167 Fälle und ihre Umstände hat APDHA einzeln dokumentiert, davon ereigneten sich 118 an der marokkanisch-andalusischen Grenze (einschließlich Ceuta und Melilla). Knapp 80% (930) der Toten und Verschwundenen stammten aus der Subsahara, 136 aus den Maghreb-Staaten, 100 (die Zahl steigt gegenüber den Vorjahren auffallend) Menschen aus der Westsahara und eine Person aus Asien.

Unter Einbeziehung zahlreicher Informationsquellen – einschließlich in der Westsahara, dem Senegal und Mauretanien – kommt APDHA auf ein Schätzung von insgesamt 7.000 Todesopfern. Die Kanarische Regierung hat die Zahl der Toten auf etwa 6.000 geschätzt. 800 tote Flüchtlinge wurden zwischen Nordafrika und den Kanaren aus dem Meer geborgen, nachdem ihre Boote gekentert waren.

Melilla: APDHA kritisiert, dass weder die gewaltsamen Todesfälle der Flüchtlinge am Grenzzaun vom Herbst 2005 noch die aus 2006, seitens der spanischen Behörden bislang aufgeklärt worden seien.

Festnahmen/Abschiebungen:

Mehr als verdreifacht hat sich auch die Zahl der Festnahmen/Aufgriffe von Flüchtlingen auf beiden Seiten der Südgrenze: In 2006 waren es 47.102 (11.781 in 2005), davon allein 33.126 auf den Kanarischen Inseln, 6.976 rund um Gibraltar (einschließlich Melilla und Ceuta) und 7.000 in afrikanischen Küstengewässern. Von letzteren wurden wiederum etwa 3.900 Menschen über Frontex-Einheiten aufgegriffen, die anderen 3.100 von Marineeinheiten aus Marokko, Mauretanien, Senegal oder den Kapverden. In Andalusien ist die Zahl der Aufgegriffenen minimal gesunken, was APDHA auf den verstärkten Einsatz des Grenzüberwachungssystems SIVE zurückführt. Unter den Betroffenen dort sind vornehmlich Menschen aus den Maghrebstaaten.

Der sogenannten Flüchtlingsboot-Krise versucht Spanien u.a. über bilaterale (Rückübernahme-)Abkommen mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge Herr zu werden: Gegen Lieferung von Technik und Personal (zur Grenzsicherung) und Wirtschaftshilfen nehmen Guinea, Gambia, Senegal, Marokko und Mauretanien ihre in Spanien als „Illegale“ aufgegriffenen Landsleute seit 2006 zurück.

Vom 1. Januar bis zum 30. Oktober 2006 hat Spanien 4.864 in den Senegal, 3.891 von Melilla aus nach Marokko, 1.018 von anderen Orten aus nach Marokko, 354 nach Mali, 303 nach Mauretanien, 110 nach Guinea Bissau und 95 Personen nach Nigeria abgeschoben. Die Abschiebe- und Rückführungskosten betrugen für ganz Spanien in 2006 über 45.000.000 Euro. Für 2007 sind 33 Mio veranschlagt, der Etat kann laut Innenministerium aber jederzeit nach Bedarf erhöht werden.

Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen in Marokko:

APDHA kritisiert scharf die jüngsten Razzien, rassistischen Übergriffe, schweren Misshandlungen an Flüchtlingen und deren illegale Abschiebungen an die algerische Grenze seitens der marokkanischen Behörden. Mindestens ein Drittel der nach Oujda verbrachten Menschen seien vom UNHCR bereits als Flüchtlinge anerkannt, im Asylverfahren oder im Besitz gültiger Reisedokumente. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang auch die Passivität bzw. mangelnde Möglichkeit zur Schutzgewährung, des UNHCR in Rabat. Marokko hat auch seinen – sowieso seit jeher repressiven – Umgang mit Menschen in der Westsahara im letzten Jahr besorgniserregend verschärft. Vor allem junge Männer fliehen zunehmend aus der Westsahara nach Spanien. Viele von ihnen erzählen von schweren Misshandlungen durch marokkanische Sicherheitsbehörden und Folter in Haft und weisen entsprechende Spuren an ihren Körpern auf. Einige erhielten Asyl in Spanien.

Grenzabschirmungskooperationen:

Inzwischen bestehen zahlreiche Grenzüberwachungsprogramme und Fluchtverhinderungsprojekte zwischen Nordafrika und Südspanien, innerhalb derer verschiedene europäische und afrikanische Staaten – in erster Linie mit militärischen Mitteln – kooperieren: Frontex (seit August 2006 auch auf den Kanaren installiert), „Atlantis“, „Seepferdchen“ (gehört zu AENEAS) „Edelwachposten“... Bei den meisten Projekten stellen die europäischen Staaten (vor allem Spanien und Italien) die Technik (Boote, Hubschrauber etc.) und einen Teil des Personals (z.B. Guardia Civil). Bei aller Kritik räumt die APDHA auch ein, dass solche Überwachungsmechanismen im letzten Jahr vielen Menschen das Leben gerettet haben: Militärboote hatten Flüchtlingsboote in Seenot rechtzeitig geortet.

Internierungslager:

In ganz Spanien gibt es 10 „offizielle“ Internierungslager (Centro de Internamiento de Extranjeros, CIE) für Ausreisepflichtige – die meisten auf den Kanaren und in Andalusien –, bei denen es sich überwiegend um ehemalige Gefängnisgebäude handelt. Daneben gibt es noch einige inoffizielle, wie z.B. das auf der Isla Paloma vor Tarifa (Andalusien). Die „inoffiziellen“ entsprechen noch weniger als die meisten anderen einem humanitären und menschenrechtlichen Standard. Da sie „geheim“ und angeblich nonexistent sind, ist ein Zugang zu ihnen – selbst seitens des Roten Kreuz – so gut wie unmöglich. Vor allem auf den Kanaren wurden einige neue Lager „improvisiert“, die Unterbringungssituation ist teilweise katastrophal. Längstens darf eine Person 40 Tage in einem CIE festgehalten werden. Wenn ihre Identität bis dahin nicht festgestellt werden konnte oder die Abschiebung aus anderen Gründen nicht möglich ist, wird sie entlassen, allerdings ohne jegliches Papier oder Anrecht auf Unterbringung, Arbeit, medizinische Versorgung. An dieser Stelle übergibt der Staat die Verantwortung an karitative Einrichtungen und NGO. Im APDHA-Bericht ist nichts zu lesen von Fristüberschreitungen. Tatsächlich scheinen die Betroffenen nach 40 Tagen wieder frei gelassen zu werden. Dafür werden Zustand, Zugangsmöglichkeiten, Versorgung und Menschenrechtssituation der meisten CIE stark kritisiert:

- kein oder nur sehr eingeschränkter Zugang seitens Flüchtlingsorganisationen,
- keine Kontrolle durch neutrale Beobachter
- keine oder zu wenige Dolmetscher und Anwälte
- keine oder mangelnde Aufklärung über die eigenen Rechte
- die Lagerinsassen sind der Willkür und Gewalt der Wächter ausgesetzt. Immer wieder wird von sexuellen Übergriffen und körperlichen Misshandlungen berichtet.
- willkürliche Verweigerung von Erlaubnissen zu Besuchen seitens Familienangehöriger
- unwürdige Unterbringungsbedingungen (heruntergekommene Gebäude, keine Bewegungsfreiheit, keine Heizung/Klimaanlage, zu wenig Decken…)
- Trennung von Eltern und minderjährigen Kindern.

Demgegenüber sind die Bedingungen in den Centros de Estancia Temporal de Inmigrantes, CETI (Temporäre Aufnahmelager für Immigranten), z.B. in Melilla und Ceuta laut APDHA besser. Die Zentren sind offen, die „Insassen“ dürfen sich frei im ganzen Gebiet der Autonomie bewegen, Familien können zusammenwohnen, es gibt Bildungs- und Integrationsprogramme.

Quelle: Aus dem Bericht der spanischen Flüchtlingsorganisation Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía (APDHA), Januar 2007, kb@proasyl.de - kai.weber@nds-fluerat.org ■

Keine Abschiebung afghanischer Flüchtlinge!

HAMBURG. Viele afghanische Familien können seit Wochen nicht schlafen, weil Innensenator Nagel ihre Abschiebung ins Kriegsgebiet will, aus ordnungspolitischen Gründen Menschenleben aufs Spiel setzt. Am 20.2. befasst sich erneut die Härtefallkommission mit der Abschiebung. Die Gefahr für viele afghanische Kinder und Jugendliche ruft in weiten Teilen der Gesellschaft Protest und Widerstand hervor, vor allem unter Schülerinnen und Schülern. Das zeigte eindrucksvoll eine Veranstaltung des GEW-Bleiberechtsausschusses am 6.2., auf der u.a. Schüler und Lehrer zahlreicher Schulen von ihren zahlreichen und kreativen Aktivitäten berichteten. Auf dieser Veranstaltung wurde beschlossen, am 19.2., also vor der Sitzung der Härtefallkommission, mit einer Menschenkette um die Binnenalster den Widerspruch öffentlichkeitswirksam zu artikulieren. Diese Aktion braucht kräftige Unterstützung. Der menschenfeindliche Plan Nagels muss durchkreuzt werden. *scc* ■

Menschenkette um die Binnenalster
Montag, 19.2., 15.00 Uhr, Treffpunkt Jungfernstieg, Alsteranleger
Veranstalter: GEW-Bleiberechtsausschuss, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, bleiberecht-gewhh@gmx.de

Sammelabschiebung von langjährig Geduldeten in die Türkei

HESSEN. Der Hessische Flüchtlingsrat ist schockiert über die am 13.02.07 durchgeführte Sammelabschiebung von mehreren langjährig in Hessen wohnenden Familien in die Türkei. Um zwölf Uhr startete eine eigens gecharterte Abschiebemaschine vom Flughafen Düsseldorf in Richtung Istanbul. In Begleitung von einem Arzt und etwa 25 Bundespolizeibeamten wurden etwa dreißig abgelehnte Asylsuchende in die Türkei abgeschoben. Die meisten der Abgeschobenen kamen aus Hessen, darunter auch Familien mit kleinen Kindern, die Bleiberechtsanträge gestellt hatten.

Hier wurde wieder einmal deutlich, dass viele langjährig hier lebende Menschen, die gut integriert sind, von der Bleiberechtsregelung ausgeschlossen werden. Es drängt sich der Eindruck auf, dass in einigen Fällen eher versucht wird, Ausschlussgründe zu finden denn eine Lösung für die Familie zu finden kommentierte Timmo Scherenberg, Geschäftsführer des Hessischen Flüchtlingsrates, die Abschiebungen.

Eine Familie aus Gründau-Rothenbergen im Main-Kinzig-Kreis lebte seit 13

Jahren in Deutschland, fünf der sechs Kinder im Alter von einem bis 14 Jahren sind hier geboren. Trotz zahlreicher politischer Aktivitäten des Vaters wurden die Asylanträge abgelehnt. Der Flüchtlingsrat und die Anwältin rechnen immer noch mit einer nicht unerheblichen Gefährdung des Mannes, in der Türkei festgenommen zu werden. Die Familie hatte einen Bleiberechtsantrag gestellt, zusätzlich liefen noch mehrere Verfahren auf ein Aufenthaltsrecht für die hervorragend integrierten Kinder. Das jüngste der Kinder leidet zudem an einem angeborenen Herzfehler. Ob es in der Türkei Zugang zu angemessener medizinischer Behandlung hat, ist zumindest fraglich.

Dem Hessischen Flüchtlingsrat sind mehrere ähnlich gelagerte Fälle bekannt, in denen insbesondere die Kinder, die in Deutschland aufgewachsen waren, nach der Abschiebung völlig gebrochen waren, nicht mehr sprachen, das Haus nicht mehr verließen und über Monate apathisch im Zimmer saßen. Jungen Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind, wird jede Zukunft genommen, „nur weil sie das Pech hatten, mit dem falschen Pass auf die Welt gekommen zu sein. Die Bleiberechtsregelung war eine erste Einsicht, dass es Unrecht ist, was hier geschieht. Doch die Praxis zeigt, dass noch viele weitere Schritte kommen müssen, damit dies der Vergangenheit angehört," empörte sich Scherenberg.

In einem weiteren Fall zweier Brüder aus Sinntal-Sterbfritz, ebenfalls im Main-Kinzig-Kreis, wurden diese von ihrer Familie getrennt und allein in die Türkei abgeschoben, obwohl eine Petition beim Hessischen Landtag für sie eingelegt worden war. Die Mutter und die jüngeren Geschwister wurden nicht mit abgeschoben, jedoch ist durch die Abschiebung der beiden ältesten Söhne fraglich, ob ihr Verfahren auf Bleiberecht einen positiven Ausgang nehmen wird. Dies hängt nämlich davon ab, dass der Lebensunterhalt gesichert sein muss, was durch die Abschiebung der beiden erwachsenen Söhne, beide hatten feste Arbeitsplatzzusagen im Falle eines Bleiberechts, jetzt fast unmöglich erscheint.

Durch die Abschiebung der beiden Hauptversorger der Familie wird jetzt der gesamten Familie jede Chance auf ein Bleiberecht in Deutschland genommen. „Hier wird bewusst die ganze Familie in Raten abgeschoben, obwohl es möglich gewesen wäre, ein Bleiberecht zu erteilen", so Scherenberg weiter.

Auch in einem dritten Fall einer vierköpfigen Familie im Kreis Darmstadt-Dieburg, die schon seit über zehn Jahren in Deutschland lebte, war das Handeln der Behörden fragwürdig: So wurde der Anwältin erst gestern Abend die Ablehnung eines Antrags zugestellt zu diesem Zeitpunkt war der Flug jedoch schon längst gebucht. „Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir außerordentlich erschrocken sind über das Verhalten der Behörden bei dieser Abschiebung. Es hätte in den hier vorliegenden Fällen humanitäre Lösungen geben können, es fehlte bloß der Wille, sie zu nutzen", erklärte Scherenberg abschließend.

gez. Timmo Scherenberg, Presseerklärung Flüchtlingsrat Hessen
flucht@nds-fluerat.org ■

Bleiberecht – unerwünscht?

NRW. In Nordrhein-Westfalen erhalten auch nach dem Bleiberechtsbeschluss vom November 2006 geduldete Flüchtlinge nur selten eine Aufenthaltsgenehmigung. Gründe dafür sind die Unsicherheit bei Ausländerbehörden, viele unbearbeitete Fälle, bürokratische Hürden mit langen Prüfzeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt und die oft enge Auslegung der Gesetze bei Fragen der Identitätsfeststellung und Passbeschaffung.

Zwei Monate nach der Umsetzung des Bleiberechtsbeschlusses in NRW zieht die westfälische Diakonie eine erste ernüchternde Zwischenbilanz: „Es gibt bisher kaum Begünstigte", berichtet Maria Loheide, Geschäftsführerin im Diakonischen Werk Westfalen. „Wir wissen bisher nur von acht Familien und Einzelpersonen, denen ein befristetes Aufenthaltsrecht auf Grundlage des Bleiberechtsbeschlusses zugesprochen wurde", fasst Dietrich Eckeberg, Referent für

Große Resonanz auf Plakatwettbewerb

Siegerplakat von Birgit Caspari

Das Kölner Netzwerk kein mensch ist illegal hat 2006 einen Wettbewerb um ein Plakat ausgeschrieben. Ziel: „auf die miserablen Lebensbedingungen von illegalisierten Menschen aufmerksam machen" und zu alltäglicher gesellschaftlicher Solidarität mit Menschen ohne Papiere aufzufordern. 111 KünstlerInnen reichten insgesamt 199 Entwürfe ein, die in sehr unterschiedlicher Weise das Thema aufgreifen. Die Palette reicht vom Textplakat über Fotos, die stilisierte grafische Darstellung bis zur Kinderzeichnung.

Sonderpreis für den 10-jährigen Noah Grünwald

Nachdem die Plakate sechs Tage lang in der Köln International School of Design zu sehen waren, sollen die Plakate nun in Form einer Wanderausstellung auch in anderen – möglichst einer breiten Öffentlichkeit zugänglichen Orten – gezeigt werden. Bei Interesse Kontakt per mail. Auf der Internetseite sind alle Entwürfe dokumentiert.

Wir gehen davon aus, dass auch andere Initiativen, die sich für die Rechte von Menschen ohne Papiere einsetzen, Interesse an der Verwendung eines der hier gezeigten Beiträge haben werden. Konkrete Anfragen in dieser Richtung leiten wir gerne an die KünstlerInnen weiter, um so den direkten Kontakt zu ermöglichen. Einfach per mail! *www.kmii-koeln.de*

Flüchtlingsfragen im Diakonischen Werk Westfalen, die Erfahrungen von 17 Flüchtlingsberatungsstellen der evangelischen Kirche und ihrer Diakonie in Westfalen zusammen. Dabei erfüllten allein in NRW zwischen 25.000 bis 35.000 Personen die erforderliche Aufenthaltsdauer. „Wenn die Landesregierung hier nicht schnell die Hürden abbaut und unbürokratisch Lösungen findet, wird der Bleiberechtsbeschluss ins Leere laufen", so Dietrich Eckeberg. Kinderreiche Familien, Jugendliche und erwerbsgeminderte Personen seien benachteiligt, weil sie den Lebensunterhalt nicht in vollem Umfang eigenständig sicherstellen könnten. Das aktive schriftliche Zugehen einiger Ausländerbehörden auf Personen, die die erforderliche Aufenthaltsdauer vorweisen, sei allerdings zu begrüßen. Die Diakonie hat dem Land NRW im Dezember Empfehlungen zur Umsetzung der Bleiberechtsregelung übergeben, um humane Lösungen zu finden. Sie setzt sich weiter mit der Evangelischen Kirche von Westfalen ein für eine großzügigere Bleiberechtsregelung des Bundesgesetzgebers, die die seit vielen Jahren in Deutschland lebenden, gut integrierten und geduldeten Flüchtlinge auch tatsächlich erreicht. *Pressemitteilung des Diakonischen Werkes der Ev. Kirche von Westfalen, 12.2.2007* ■

Proteste erfolgreich: Kölner Schikanen beim Bleiberecht vom Tisch

KÖLN. Repressiv und nicht integrativ arbeitete bisher das Ausländeramt bei der Umsetzung der Bleiberechtsregelung. Die Stadt Köln versuchte sogar, mit einem Sprachtest und einer Integrationsvereinbarung zusätzliche Schikanen einzubauen. Dese Regelung ist wohl jetzt vom Tisch. Stadtdirektor Kahlen sicherte am Rande der Stadtratssitzung am 13. Februar zu, dass die bisherige Integrationsvereinbarung so nicht umgesetzt wird. Für die Betroffenen wird es ein Merkblatt geben. Auch der Sprachtest entfällt. Das ist ein Erfolg der Flüchtlingsinitiativen, aber auch der Fraktion Die Linke.Köln, die sich für ein transparentes, schikanefreies Verfahren eingesetzt hatte. Die bundesweite Bleiberechtsregelung ist schon schlecht genug, da müssen nicht noch zusätzliche Erschwernisse eingebaut werden.

Die Stadt Köln hat von den 4.800 Personen, die in Köln geduldet leben, gerade mal 120 ausgewählt, die ein Bleiberecht erhalten sollen. Der Kölner Flüchtlingsrat geht davon aus, dass der Kreis viel größer sein könnte. Ca. 2.100 Personen könnten ein Bleiberecht bekommen, wenn Regelungen zum Wohle der Betroffenen ergriffen werden. Auf Initiative der Fraktion die Linke.Köln hat jetzt der Rat auf seiner Sitzung am 6. Februar mit großer Mehrheit einen Beschluss gefasst, in dem die Verwaltung beauftragt wird zu prüfen, wie der Kreis der Berechtigten ausgeweitet werden kann. Das bestehende Qualifizierungs- und Vermittlungsprojekt sollte sinnvollerweise auf Personen, die die Integrationskriterien (Aufenthaltsdauer, Schulbesuch der Kinder) der NRW-Bleiberechtsregelung vom 11. Dezember 2006 erfüllen und bei denen Ausschlusstatbestände nicht vorliegen, unbedingt ausgeweitet werden.

Dabei entstehen noch nicht einmal zusätzlich Kosten für die Stadt, weil das Land NRW eine Kostenpauschale von 1.036 Euro für jedes Qualifizierungs- und Vermittlungsprojekt zahlt.

Schade ist, dass sich außerparlamentarisch wenig rührt. Bisher ist eigentlich nur der Kölner Flüchtlingsrat aktiv. Die Gefahr ist groß, dass nach dem Auslaufen der Bleiberechtsregelung am 30.9.2007 verstärkt Personen abgeschoben werden sollen. *Jörg Detjen* ■

Engin Celik aus der Haft entlassen!

HAMBURG. Am Vormittag des 13.2. erhielten wir die Nachricht, dass Engin Celik aus der Haft entlassen werde, wenn der Staatsanwaltschaft 130,- Euro überwiesen werden. Nachdem dies geschah, wurde er frei gelassen. Weder Engin noch sein Anwalt wissen im Moment den Stand des Verfahrens. Wir freuen uns riesig, dass Engin wieder bei uns ist. Das ist im Moment das Wichtigste. Er ist sehr dünn und schwach geworden durch die 29 Tage Hungerstreik. Nach seiner Entlassung ist Engin nach Hamburg gefahren und kam während der Kundgebung für seine Asylanerkennung am Hamburger Bahnhof an. Mit Jubel und großem Applaus wurde er empfangen. Er dankte allen, die ihn bisher unterstützt haben, und rief alle auf, immer weiter für die Rechte der Flüchtlinge und für die unteilbaren Menschenrechte aktiv zu sein. Nach der Kundgebung griff er zur Gitarre, die er lange vermissen musste, und spielte für uns und alle, die sich nach Freiheit sehnen.

Wir werden Euch weiter informieren, denn die Kampagne ist nicht beendet. Die eine Forderung nach seiner Freilas-

sung wurde erreicht. Die andere nach seiner Asylanerkennung noch nicht. Sein Recht auf Asyl muss noch erstritten werden. *Karawane Hamburg* ■

Problematische Abrechnungspraxis

CELLE. Seit mehr als drei Jahren steht die Abrechnungspraxis der Stadt Celle bei Wertgutscheinen für Asylbewerber in der Kritik. Asylbewerbern, die in örtlichen Geschäften mit Wertgutscheinen bezahlen, werden Restbeträge nicht in bar ausgezahlt. Unklar ist, wer sich hier auf Kosten der Asylbewerber, die mit jedem Cent rechnen müssen, bereichert.

Lt. Aussage einer Wal-Mart-Mitarbeiterin sei mit der Stadt vereinbart worden, mit den Asylbewerbern „bongenau“ abzurechnen. Differenzbeträge würden der Stadt Celle gutgeschrieben.

Diese Sonderabsprache ist jedoch Kerstin Oehl, zuständig für die Rechnungsstelle des Fachbereichs Bildung, Jugend und Soziales der Stadt Celle, nicht bekannt. Vielmehr habe die Stadt sieben große Unternehmen angeschrieben und daran erinnert, dass Wechselgeld in Höhe von bis zu zehn Prozent des Gutscheinwertes ausgezahlt werden dürfe.

Anfang Oktober 2006 schaltete sich das Niedersächsische Innenministerium ein und forderte eine Stellungnahme der Stadt Celle. Zwei Erklärungsversuche aus dem Rathaus wurden allerdings als unzureichend angesehen. Am 13.12. 2006 wurden Oberbürgermeister Martin Biermann, die 1. Stadträtin Susanne Schmitt und der Fachdienstleiter Soziale Hilfen, Matthias Peters, persönlich im Innenministerium vorstellig. Anschließend konnte Ministeriumssprecher Michael Knaps mitteilen, „man habe keine Einwände mehr“.

Von Stadträtin Schmitt war zu erfahren, dass Asylbewerber ihr nicht ausbezahltes Restgeld von der Stadt zurück bekommen können – allerdings gegen entsprechenden Nachweis. Hier stellt sich natürlich die Frage, in welchem Umfang die Betroffenen denn wohl alte Belege aufgehoben haben.

Die Betroffenen haben einen Anspruch auf den vollen Gegenwert ihres Gutscheins, und es ist inen absolut nicht zuzumuten, auch nur auf einen Cent zu verzichten, während sich andere durch undurchsichtige Praktiken an ihnen bereichern.

Quelle: flucht mailing list - 13.2.07 ■

: neuerscheinungen, ankündigungen

„Oberammergau des Nordens“ unter der Lupe

Neues Buch befasst sich mit der Geschichte der NS-Kultstätte in Bookholzberg

von Thomas Klaus

BOOKHOLZBERG. Ein Dokumentationszentrum über einen besonders auffälligen Wallfahrtsort der Nationalsozialisten zu schaffen – das ist das Hauptziel des „Arbeitskreises Stedingsehre“ in der Ortschaft Bookholzberg, Gemeinde Ganderkesee (Landkreis Oldenburg). Dabei geht es um die einstige NS-Kultstätte „Stedingsehre“ auf dem Buchenholzberg (auf plattdeutsch Bookholzberg) in Bookholzberg - eine Freilichtbühne mit einem imposanten Kulissendorf.

Wissenschaftlichen Rückenwind bekommt dieser Arbeitskreis durch das neue Buch „Stedingsehre soll für ganz Deutschland ein Wallfahrtsort werden ...“ des Delmenhorster Historikers Gerhard Kaldewei. Er ist der Direktor des dortigen Stadtmuseums.

Seinen Titel „verdankt“ das Buch (Aschenbeck & Holstein-Verlag, Delmenhorst und Berlin, 180 Seiten, 34,90 Euro, ISBN 978-3-939) einem Artikel in der NSDAP-Zeitung „Völkischer Beobachter“, in dem die Kultstätte als „Oberammergau des Nordens“ gefeiert worden war – in Anlehnung an die weltberühmten Passionsspiele im Allgäu. Und seinen Namen „verdankt“ das heutige Bookholzberg dem Nazi-Kult auf dem Buchenholzberg.

Mittels der Anlage in Bookholzberg sollte der Schlacht bei Altenesch in der Wesermarsch anno 1234 eine Art Denkmal gesetzt werden: Damals wurde ein aus Bauern bestehendes Heer aus Stedingen an der Unterweser von Kreuzfahrern vernichtend geschlagen. Die siegreichen Scharen hatte der Erzbischof von Bremen angeführt.

„Erinnerungs-Schwierigkeiten“ nach der Nazi-Herrschaft

Diese Schlacht wurde auf dem Areal der Kultstätte „nachgespielt“. Die Grundlage dafür bildete das plattdeutsche Volksschauspiel „De Stedinger“ von August Hinrichs. Der war unter den Nazis wohlgelitten. Unter anderem war das NSDAP-Mitglied Landesleiter des Gaues Weser-Ems der Reichsschrifttumskammer und wurde von den braunen Machthabern mit zahlreichen Auszeichnungen geehrt. Beispielsweise durfte er sich über den Gaukunstpreis Weser-Ems und die Ehrenbürgerschaft von Oldenburg freuen. Auch nach 1945 war Hinrichs über viele Jahre hinweg ein geachteter und verehrter Schriftsteller, dem 1954 sogar das Bundesverdienstkreuz ausgehändigt wurde.

Die Resonanz auf die Aufführungen in Bookholzberg war überragend. Allein 1937 wurden sie von rund 150.000 Menschen besucht. Folgerichtig nahmen ab 1938 Pläne Gestalt an, wonach aus der Kultstätte eine „Gedenkstätte Stedingsehre“ gemacht werden sollte. Konkret war an ein einzigartiges Nationaldenkmal und eine einmalige Nazi-Erziehungsstätte gedacht. Sie sollte unter dem Oberbegriff „Gauschulungsburg Bookholzberg“ betrieben werden.

Dieses ehrgeizige Ziel wurde zwar nicht erreicht. Aber die Nazis kamen ihm nahe – etwa durch ein im April 1940 eingeweihtes „Gästehaus“, das auch aus einem gewaltigen Fachwerkgebäude mit Reetdach bestand.

Der Grundstein für die Kultstätte wurde am 29. Oktober 1934 gelegt. Sie war das kulturell wichtigste Projekt von Carl Röver, dem aus Lemwerder in der Wesermarsch stammenden Reichsstatthalter von Oldenburg und Bremen. Der trieb das Projekt mit großem Eifer voran.

Wie viel es darüber hinaus der Nazi-Führung bedeutet hatte, zeigte sich bei der Grundsteinlegung an der anwesenden „Polit-Prominenz“: Der Chefideologe der Nationalsozialisten und spätere Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, Walter Darré, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, sowie Heinrich Himmler als Reichsführer der SS ließen sich blicken. Schon wenige Monate später,

am 13. Juli 1935 konnte die Kultstätte offiziell eröffnet werden.

In seinem Buch stellt Gerhard Kaldewei die Geschichte der Kultstätte „Stedingehre“ dar und stellt sie in einen Zusammenhang mit anderen „kulturellen Begegnungsstätten“ der Nationalsozialisten, wie zum Beispiel dem „Bückeberg“ bei Hameln und dem „Sachsenhain“ bei Verden. Wichtiges Element des Kaldewei-Werkes ist die Dokumentation des Fotoalbums „Stedingsehre“, das Heinrich Kunst 1937 angefertigt hatte.

Der Autor verfolgt aber auch die Geschichte der Kultstätte nach dem Ende von Weltkrieg und Nazi-Regime. Lange Zeit hatten die Einheimischen offenbar große Schwierigkeiten damit, sich der braunen Geschichte der erhalten gebliebenen Freilichtbühne zu stellen.

1992 wurde die komplette historische NS-Hinterlassenschaft auf dem Bookholzberg unter Denkmalschutz gestellt – aufgrund ihrer „herausragenden Bedeutung als Kulturdenkmal gemäß dem niedersächsischen Denkmalschutzgesetz“. Heute ist das Gelände Eigentum des Berufsförderungswerkes Weser-Ems, das die Idee des Dokumentationszentrums unterstützt.

‚Stedingsehre‘ soll für ganz Deutschland ein Wallfahrtsort werden... , Aschenbeck & Holstein-Verlag, Delmenhorst und Berlin, 180 Seiten, 34,90 Euro, ISBN 978-3-939

Gesichter des Düsseldorfer Widerstandes

Am 25. Januar 2007 verlegte der Kölner Künstler Gunter Demnig in Düsseldorf weitere „Stolpersteine“ zur Erinnerung an ermordete Opfer des Faschismus, diesmal in der Reisholzerstraße 26 für die Familie Hans, Anna, Herbert und Marianne Neubeck verlegt. Zum erschütternden Schicksal der von den Faschisten ausgelöschten Familie Neubeck hat der Kreisverband der VVN-BdA Düsseldorf in seiner Broschürenreihe „Gesichter des Düsseldorfer Widerstandes“ eine Dokumentation veröffentlicht. Verfasser ist der Rostocker Historiker Prof. Dr. Karl Heinz Jahnke.

Nach Drucklegung der Broschüre erhielt die VVN-BdA Düsseldorf noch neue Dokumente. Aus einem bisher nicht vorliegenden Spiegel-Artikel vom 24. Januar 1972 ist zu entnehmen, dass im Hochverratsverfahren gegen Anna Neubeck vor dem Hammer Sondergericht, welches Anna Neubeck am 31. März 1941 zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilte, der Ankläger Staatsanwalt Hubert Schrübbers war. 8Anna Neubeck wurde am 7. Dezember 1942 aus dem Zuchthaus Ziegenhain bei Kassel nach Auschwitz deportiert und dort am 1. Januar 1943 ermordet.) Laut Spiegel-Artikel gehen auf das Konto des NS-Staatsanwaltes zahlreiche weitere Urteile gegen Antifaschisten, die oftmals Todesurteile waren.

Dieser Hubert Schrübbers war dann vom 1.8.1955 bis zum 30.4.1972 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz der Bundesrepublik Deutschland. In seine Amtszeit fällt die Gründung der NPD u.a. durch Verfassungsschutzmitarbeiter.

Die Broschüre ist bei der VVN-BdA Düsseldorf zum Preis von 3,- Euro zu erhalten. c/o J. Schuh, Schaffhausener Weg 10, 40625 Düsseldorf, Tel.+ Fax 0211-231 88 22, info@vvn-duesseldorf.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Probleme des Widerstandes und der Verfolgung im Dritten Reich im Spiegel der Schulbücher und des Unterrichts“ – so lautete 1967 der Titel einer viel beachteten Konferenz, zu der unter anderem Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Prof. Dr. Walter Fabian, Prof. Dr. Wolfgang Klafki, Martin Niemöller, Dr. Joseph Roissant und Dr. Arno Klönne eingeladen hatten.

Aus dieser Veranstaltung ging der Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 hervor, der den 40. Jahrestag der Konferenz zum Anlass nimmt, erneut einen Blick auf die Widerstandsforschung und deren Relevanz für die historisch-politische Bildung zu werfen:

Wie steht es heute um die Darstellung des Widerstandes in Schulbüchern? Was erwarten ehemalige Widerstandskämpfer von der Vermittlung der Geschichte des Widerstandes? Welche Konzepte gibt es in Forschung und Pädagogik angesichts des näher rückenden Endes der authentischen Hilfe bei der Geschichtsvermittlung durch Zeitzeugen?

Tagung 17.3.-18.3.2007 Frankfurt/Main Widerstand gegen den Nationalsozialismus – Perspektiven der Vermittlung

Mehr Informationen, Programm und Anmeldung (Flyer als download) über die Webseite des Studienkreises Deutscher Widerstand www.studienkreis-widerstand-1933-45.de, kontakt@studienkreis-widerstand-1933-45.de

Kampf gegen „Verausländerung“ statt „Krieg gegen den Terror“

Nation & Europa Februar 2007

Der Februar ist in vielen katholisch geprägten Gegenden Deutschlands der Monat des Karnevals, in dem man einen mehr oder wenigen großen Anteil seiner freien Zeit damit verbringt, unter Zuhilfenahme großer Mengen Alkohols den Winter zu vertreiben. Zu ernsthafter Arbeit bleibt dann oft nur noch wenig Zeit. Die „Nation & Europa“-Redaktion scheint allerdings bereits im Januar kräftig gefeiert zu haben – anders ist die geistige Ödnis, die das Februarheft durchzieht, kaum zu erklären. HARALD NEUBAUER rechnet in seinem Editorial mal wieder mit der EU ab („Babel – neuer Versuch“), MICHAEL BRÜCKNER alarmiert „Union verbündet sich mit Kommunisten“ und sieht einen „Teufelspakt gegen Rechte“, Dr. FRITZ STENZEL macht mal wieder in Geschichtsrevisionismus und erkennt im Holocaust, den er in Anführungszeichen setzt, „kein(en) Hitler-Plan“. Auch sonst geht es um die üblichen, seit Jahren gleichen Themen.

KARL RICHTER bildet mit seinem Artikel „Europa zwischen Überfremdung und ‚Anti-Terror-Krieg‘: Rettung – aber wie?“ dabei zwar keine Ausnahme vom üblichen ideologischen Einheitsbrei, stellt aber wenigstens den Realitäten geschuldete neue Fragen. „Wirklich ist heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts vieles nicht mehr so einfach, wie es in Zeiten des Kalten Krieges war. Nicht nur sind neue Frontstellungen an die Stelle der alten getreten, vielmehr überlappen einander alte und neue Bruchlinien in vielfältiger Weise, schaffen ein Panorama schwer vorhersehbarer Entwicklungen. Antworten, die ehedem leicht fielen, sind es heute oft nicht mehr“.

Wer jetzt aber auf Neues hofft, hat sich getäuscht, es beginnt mit „Argumenten“ aus der rechten Mottenkiste: „Offiziell leben heute rund 16 Millionen Muslime in Westeuropa. Ethnisch gesehen, stammen die meisten von ihnen aus der Türkei und Nordafrika. Brisanz entfaltet der muslimische Bevölkerungsanteil aber weniger unter dem Aspekt der kulturellen Überfremdung“ (Richter scheint also einem ordentlichen Döner dann und wann nicht abgeneigt zu sein – tri) „als unter dem der demographischen Entwicklung“. Es folgt das, was die bei bestimmten Illustrierten beliebte Fürstin Gloria von Thurn und Taxis in der Talkshow „Friedmann“ über Afrikaner(innen) mal sinngemäß so ausdrückte: Die schnackseln halt gern. Richter ist allerdings kein Fürst und kann sich deshalb etwas gewählter ausdrücken: „Weil die meisten ‚autochthonen‘ europäischen Gesellschaften zunehmend vergreisen, birgt allein das Fortpflanzungsverhalten der islamischen Noch-Minderheiten eine Zeitbombe. Muslimische Frauen beginnen früher mit dem Kinderbekommen als europäische, und sie bekommen im Schnitt deutlich mehr Kinder“.

Natürlich hat der Autor ein (wenig originelles) Rezept dagegen: Ausländer raus! „Längst hätte, um die Gefahr zu bannen, Europa zur Festung erklärt, jeder weitere Zuzug kulturfremder Ausländer unterbunden und mit der aktiven Rückführung ausländischer Bevölkerungssplitter begonnen werden müssen“. Abgesehen davon, dass sich von einem zum anderen Absatz die Bedeutung der Kultur grundlegend ändert, fragt man sich, was wohl „Bevölkerungssplitter“ sein sollen? Einerseits sind Splitter klein und eher unbedeutend – von ihnen geht keine Gefahr, und schon gar keine demographische, aus. Sie sind einfach unangenehm, wie jeder bestätigen kann, der schon mal einen unter der Haut hatte. Was Richter mit dem Begriff verbindet bleibt also sein Geheimnis.

Früher seien sich alle weitgehend einig gegen die extreme Rechte und ihre rassistische Hetze gewesen, heute sei das anders: „Mitunter drängt sich sogar der Eindruck auf, als habe blanke Fremdenfeindlichkeit die vielbeschworene ‚Mitte der Gesellschaft‘ erreicht“. Kein Grund zur Freude, warnt Richter seine Leser(innen): „Ein Grund zur Freude mithin, daß der längst überfällige Kampf gegen die Verausländerung Europas von den Regierungen doch noch zur Chefsache erklärt worden ist? Vor zehn Jahren hätte man diese Frage womöglich noch bejahen können. Doch inzwischen, so die offizielle Lesart, befinden wir uns im ‚Kampf gegen den Terror‘, der nach kurzem Vakuum an die Stelle des alten Ost-West-Konflikts getreten ist. Das macht alles viel komplizierter, als es auf den ersten Blick aussieht“.

An diesem Kampf will sich der Autor nicht beteiligen: „Mit Händen zu greifen ist doch, daß der vorgebliche ‚Kampf gegen den Terror‘ eine mit gigantischem Aufwand hochgezogene Propagandakulisse ist, die erst in zweiter Linie der Abwehr des ‚Terrors‘, in erster Linie aber der flächendeckenden Erfassung, Kartierung und Überwachung der eigenen Bevölkerung dient.... Mit dem Kampf gegen ‚Illegal‘ und gegen die grassierende Überfremdung... hat das alles nicht das geringste zu tun“.

Für Richter, der dabei auch auf durchaus richtige Argumente zurückgreift, ist der islamistische Terrorismus ein kleines Problem im Vergleich zu einem anderen: „Denn der herbeigeredete, von den Schäubles und Becksteins herbeiimaginierte Krieg gegen den ‚Terror‘ ist eine akademische, eine verlogenen, eine irreale Veranstaltung, während die Vergreisung der Deutschen und ihr absehbarer Austausch durch eine neue, nichtdeutsche Bevölkerungsmehrheit eine höchst reale und ohne viel Phantasie prognostizierbare Angelegenheit ist...“.

Sein Rat lautet deshalb: „...Panikmache und halbamtliche Islamistenhatz, in der sich alle etablierten Medien heute völlig einig sind, helfen bei der Bewältigung der zentralen Fragen unseres Überlebens keinen Deut weiter. Sie führen allenfalls dazu, daß sich Deutsche einmal mehr vor den Karren fremder Interessen spannen und, im vorliegenden Fall, gegen die arabische Welt in Stellung bringen lassen. Die Frage ‚cui bono?‘ muß man gar nicht erst stellen“. Damit wären auch, ohne dass seine Bemerkung justitiabel wäre, die antisemitischen Reflexe der N&E-Leser(innen), die natürlich wissen, wer gemeint ist, bedient. Wirklich neu ist das alles zwar nicht, aber es ist ein Muster rechter fremdenfeindlicher Hetze und ihrer partiellen Solidarisierung mit reaktionären islamistischen Gruppierungen.

tri ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507